

Generalsekretärin Angela Merkel:

Vertrag mit Fußangeln

Wie das monotone Vorlesen eines Vertragstextes zur Erfüllung der Anforderungen an die notarielle Beurkundung wird den Bürgerinnen und Bürgern der Vortrag der Regierungserklärung am 10. November im Deutschen Bundestag durch Bundeskanzler Schröder vorgekommen sein.

Wer ihn im Fernsehen miterlebt hat, dem wird auch nicht entgangen sein, daß selbst Regierungsmitgliedern auf der Regierungsbank zweitweise die Augen vor Ermüdung zuzufallen drohten.

Notfalls gegen Verstöße klagen

Es geht aber eigentlich um viel mehr als um Monotonie und Rededauer. Es geht um den Inhalt der Regierungserklärung. Die Bürgerinnen und Bürger sollen den Text in aller Ruhe nachlesen und gut aufheben, damit sie sich auf ihn berufen und, wenn es sein muß, gegen Verstöße klagen können.

Worauf sie besonders achten müssen – darauf haben wir in einer großen Parlamentsdebatte aufmerksam gemacht. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und seine Stellvertreter sind die Regierungserklärung Punkt für Punkt durchgegangen. Ihre

Fortsetzung auf Seite 3

● Dokumentation

Wolfgang Schäuble: Rolle rückwärts in eine falsche Vergangenheit. Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Aussprache des Deutschen Bundestags über die Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder am 10. November. Grüner Teil

HEUTE AKTUELL

● Bundestagsdebatte

Aus den Reden über die Regierungserklärung:

- Michael Glos. Seite 4
- Volker Rühle. Seite 6
- Friedrich Merz. Seite 10
- Jürgen Rüttgers. Seite 14
- Horst Seehofer. Seite 16
- Michael Luther. Seite 18
- Hannelore Rönsch. Seite 20
- Hermann Kues. Seite 26
- Matthias Wissmann. Seite 34

● Benzinpreise

Autofahrer werden kräftig zur Kasse gebeten. Seite 22

● Rentenversicherung

Volle Rente ab 60 - Münchenhausen läßt grüßen. Seite 32

● Hessen

„Wir geh'n neu ran“. Wahlkampfauftakt der hessischen CDU. Seite 38

Die hessische Wohnungspolitik braucht neue Impulse. Seite 37

● Kurz & bündig

ARGUMENTE: Opposition im 14. Deutschen Bundestag. Seite 43/44

● Wahlanalyse

Die Bundestagswahl am 27. September: So wählen die Frauen. Seite 45

Angela Merkel:

Die zentrale Frage lautet nun: Wie können wir es schaffen, wieder mehrheitsfähig zu werden? Wir müssen zwei Dinge beachten: Wir müssen auf der einen Seite unsere Unverwechselbarkeit als Christliche Demokraten bewahren, und wir müssen uns auf der anderen Seite auf Neues einlassen. Beides geht zusammen. Wir haben das oft bewiesen.

Peter Hintze:

Unsere Chance liegt in einem unverwechselbar christlich-demokratischen Ansatz für das 21. Jahrhundert. Es geht darum, daß die Leute uns interessant finden, daß wir interessante politische Projekte entwickeln, denen die Menschen gerne folgen, die sie faszinieren und dazu bewegen, sich uns anzuschließen. Das ist nicht zu letzt auch eine Frage der Sprache, die wir sprechen.

Theo Waigel:

Es geht für uns gemeinsam, für CDU und CSU, um die Rückgewinnung der strategischen Regierungsmehrheit. Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen zeigen und haben es gezeigt: es ist möglich. Unsere nächsten Ziele heißen Hessen, Schleswig-Holstein, Thüringen und natürlich auch die anderen Länder. - Lieber Roland Koch, von Bayern aus jede Unterstützung, damit Hessen künftig wieder von uns in einer vernünftigen Koalition regiert wird!

Wir nehmen die Herausforderung an!

11. Parteitag der CDU am 7. November 1998 in Bonn



**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
38**

Gehen wir gemeinsam an die Arbeit für die großartige Idee der Christlich Demokratischen Union!

Helmut Kohl

Wolfgang Schäuble: Wer Wahlen gewinnt, der wird auch Partner finden

Jetzt wird wieder über den Standort der Union diskutiert: alte Mitte, neue Mitte, linke Mitte, rechte Mitte. Mir ist das alles zu künstlich. Wo die Union ist, das ist die politische Mitte Deutschlands.

Unser Koordinatensystem stimmt. Es wird nicht verschoben: nicht nach links und nicht nach rechts, nicht nach Süd und nicht nach Nord, nicht nach Ost und nicht nach West, nicht nach oben und nicht nach unten. Dazu gibt es nach der Wahl vom 27. September so wenig Anlaß wie vor der Wahl.

Dieser Tage ist gelegentlich zu hören, wie überaus vorteilhaft die politische Konstellation doch für die SPD sei: Jetzt arbeitet die SPD mit den Grünen zusammen, aber notfalls hätte sie noch die PDS, und auch Westerwelle hat bereits den Funkverkehr aufgenommen.

Ganz falsch, liebe Freunde! Daß das linke Lager in Deutschland in mindestens drei Parteien zerfällt, das ist auf die Dauer für die Linke kein Vorteil, sondern ein Nachteil. Daß Bündnisse von Rot und Grün keine harmonische Ehe, sondern eher eine Art Scheidungsprozeß in Permanenz bedeuten,

kann man in jedem Bundesland beobachten, das mit so einer Beziehungskiste geschlagen ist. Vergleichbares wird auch der neuen Bundesregierung nicht erspart bleiben.

Mögen andere ihre Optionen durchtesten. Wir setzen auf Gemeinsamkeit, auf ein breites Bündnis christlich-demokratischer und christlich-sozialer Kräfte:

liberal und konservativ, ökologisch, sozial und marktwirtschaftlich, national und europäisch.

Wir marschieren gemeinsam, und wir werden sie gemeinsam schlagen.

Koalitionsspekulationen machen am Anfang der Opposition wenig Sinn. Wir müssen unsere Anstrengungen darauf richten, neue Wähler zu gewinnen.

Denn: Wer Wahlen gewinnt, der wird auch Partner finden.

Der Maßstab: Unser Erfolg

"Wie die neue Regierung hält es auch die CDU für unverzichtbar: Arbeitslosigkeit senken, Wirtschaft und Innovation fördern. Allerdings werden die in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schröder genannten

Eckpunkte diesem Ziel in keiner Weise gerecht", erklärte Generalsekretärin Angela Merkel. - "Im letzten Jahr ist die Zahl der Arbeitslosen um 400.000 gesunken. An diesem Erfolg werden wir die neue Regierung messen."

Gefährliche Verharmlosung

Der neue Bundesinnenminister Schily will die PDS nicht mehr durch den Verfassungsschutz beobachten lassen. Er leistet mit dieser Ankündigung einen Beitrag zur gefährlichen Verharmlosung der wahren politischen Ziele

der SED-Nachfolgepartei. Generalsekretärin Angela Merkel: "Wir werden alles tun, um zu verhindern, daß die SPDgeführte Bundesregierung auf diese Weise den Weg in eine andere Republik ermöglicht."

Fortsetzung von Seite 1

Beiträge in der Aussprache im Deutschen Bundestag warnen vorsorglich vor besonders auffälligen Risiken.

Um nur die wichtigsten zu nennen:

- Die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt droht an den Langzeitarbeitslosen vorbeizugehen.
- Die Unterstellung wahlkampfmotivierter Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen läßt befürchten, daß 1999 weniger Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt angesetzt werden sollen als 1998.
- Wer bezahlt das Versprechen, nach dem Rentner ab 60 ohne finanzielle Abstriche in Rente gehen können und dadurch Arbeitsplätze freimachen?
- Durch die Kindergelderhöhung wird Familien Geld in die eine Tasche gezahlt, das man ihnen durch die Öko-Steuerreform aus der anderen herauszieht.
- Gerademaß 5 Millionen Familien kommen in den Genuß von 2.700 DM steuerlicher Entlastung, wenn eine Nettoentlastung von insgesamt 15 Milliarden nicht überschritten werden soll.
- Wenn 26 Milliarden DM höhere Steuereinnahmen im nächsten Haushaltsjahr kein ausreichend großer Spielraum für eine durchgreifende Steuerreform sein sollten, dann hat die neue Regierung über-

haupt etwas ganz anderes vor als eine vernünftige Steuerpolitik

- Höhere Strompreise werden Unternehmen in den neuen Bundesländern gefährden und ihnen Neuinvestitionen unmöglich machen.
- Künstliche Nachfrageerzeugung wird die Preise in die Höhe treiben und bei nur einem Prozent zusätzlicher Inflation 18 Milliarden DM Kaufkraft vernichten.
- Die Herausnahme von sog. Bagatelldelikten aus dem Strafrecht mit der Folge von Gewöhnung an Ordnungswidrigkeiten, Ladendiebstahl und Drogenkonsum wird Kriminalität nicht eindämmen, sondern begünstigen.
- Kein Wort zu den Nachteilen der Agenda 2000 für die Landwirtschaft: höhere Agrarpreise, Einkommenseinbußen und ausufernde Bürokratie.

Volker Rühe hat für die Außen- und Sicherheitspolitik betont, daß Kontinuität nicht nur beschworen, sondern auch durchgesetzt werden muß: „Die eigentliche Bewährungsprobe steht erst dann bevor, wenn neue Fragestellungen auf Sie zukommen.“

Wolfgang Schäuble wird nicht müde, der neuen Regierung immer wieder ins Stammbuch zu schreiben: Wir haben Ihnen ein gut bestelltes Haus übergeben. Sie werden sich an den Erfolgen unserer Politik messen lassen müssen.

Hinweis: In letzter Zeit ist häufiger bemängelt worden, daß die Schrift auf dem aktuellen Flugblatt „Das Wichtigste der Woche“ zu klein ist. Wir möchten deshalb noch einmal daran erinnern, daß es sich im Original um ein DIN A4-Blatt handelt, das wir nur deshalb verkleinert abbilden, damit Sie sehen, worum es geht. In voller Größe ist das Flugblatt in der Regel bereits am Montag vor dem Erscheinungstermin des UiD in KomSys und Internet eingestellt und verfügbar. Aus dem UiD läßt sich die Seite mühelos auf das volle Format vergrößern. Vergrößerungsfaktor: 140%

Michael Glos:

Marsch in eine andere Republik

Rainer Barzel hat 1969 in der Aussprache zur Regierungserklärung von SPD-Bundeskanzler Willy Brandt gesagt – ich zitiere: „Herr Bundeskanzler: Sie treten Ihr Amt an bei Vollbeschäftigung, stabilem Geld und wohlgeordneten Finanzen.“

1982 lag nach 13 Jahren SPD-Kanzlerschaft die deutsche Wirtschaft am Boden. Die öffentlichen Finanzen waren ruiniert. Hohe Arbeitslosigkeit, hohe Inflation, hohe Zinsen und ein defizitärer Außenhandel waren eine schwere Hypothek für die neue unionsgeführte Bundesregierung.

Deshalb hat Alfred Dregger bei der Aussprache zur Regierungserklärung 1982 zu Recht gesagt:

„Noch nie hat eine Bundesregierung ihre Aufgabe unter so schwierigen Bedingungen übernommen wie die Regierung Kohl.“

Ich kann heute sagen: Noch nie hat sich eine Bundesregierung in ein so gut gemachtes Bett legen können wie die rot-grüne Regierung „Lafontaine – Trittin“ mit dem Kanzler-Darsteller Schröder.

CDU, CSU und FDP haben nach Helmut Schmidt in schwieriger Zeit Wirtschaft und Finanzen wieder auf Kurs gebracht. Wir haben die Herausforderungen der deutschen Einheit gemeistert. Wir haben den europäischen Einigungsprozeß kraftvoll vorangebracht. Wir haben Deutschland fit gemacht für das nächste Jahrhundert.

Heute, Ende 1998, übergeben wir unser Land wohlbestellt:

- Die deutsche Wirtschaft ist im ersten Halbjahr 1998 um 3% gewachsen. Dies ist das stärkste Wirtschaftswachstum seit dem Vereinigungsboom.

- Am Ende der Amtszeit von Helmut Schmidt 1982 hatten wir tiefste Rezession.

- Wie vorhergesagt ist die Arbeitslosigkeit wieder unter die 4 Millionen-Grenze gesunken. Heute ist die Zahl der Arbeitslosen um 400.000 niedriger als vor einem Jahr. Beim Regierungswechsel 1982 war die Arbeitslosenzahl um fast 600.000 höher als im Jahr zuvor.

Aus der Rede des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe in der Debatte über die Regierungserklärung

- Heute haben wir Preisstabilität. In Zeiten der Regierungen Brandt und Schmidt hatten wir Inflationsraten zwischen 5 und 7%.

- Theo Waigel hat die finanziellen Herausforderungen der Wiedervereinigung erfolgreich bewältigt. Zuletzt sind die Bundesausgaben 3 Jahre in Folge gesunken. Ohne die Belastungen aus der deutschen Einheit schultern zu müssen, genehmigten sich die Regierungen Brandt und Schmidt mehrfach zweistellige Ausgabenzuwächse – zu Lasten der Steuerzahler und mit verheerenden Folgen für die Kapitalmärkte.

- Heute sind die Zinsen in Deutschland auf historisch niedrigem Niveau. Für eine zehnjährige Hypothek sind nur rund 5% zu zahlen. Unter den SPD-geführten Bundesregierungen hatten wir Rekordzinsen. Baugeld war 1982 mit 11% mehr als doppelt so teuer wie heute.

- Heute sind die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig gemacht und um die soziale Pflegeversicherung ergänzt.

● Die Politik von CDU und CSU hat Deutschland zu einem verlässlichen Partner in einer dauerhaften Friedensordnung in Europa gemacht – gegen den erbitterten Widerstand von Lafontaine, Fischer und Trittin.

Der Frieden ist sicherer geworden. Das Streitkräfte- und Waffenpotential in Europa ist drastisch reduziert. Heute steht kein sowjetischer Soldat mehr auf deutschem Boden.

16 Jahre Kanzlerschaft Helmut Kohl waren ein Geschenk für Deutschland. Es waren gute 16 Jahre. Dafür gebührt Helmut Kohl unser aller Dank!

Die neue Regierung muß sich an dieser guten Bilanz messen lassen und versucht deshalb zu manipulieren.

Lassen Sie Ihr törichtes Gerede von vermeintlichen Milliarden-Löchern. Damit gestehen Sie nur ein, daß Rot-Grün jetzt nicht bezahlen kann, was man im Wahlkampf versprochen hat.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen in ihrem Herbstgutachten mit Mehreinnahmen gegenüber der Steuerschätzung vom Frühjahr, mit einer günstigeren Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit und mit deutlichen Fortschritten bei der öffentlichen Defizitquote.

Die in der letzten Woche veröffentlichten Arbeitslosenzahlen bestätigen dies in beeindruckender Weise.

Es ist die einmalige historische Leistung von Theo Waigel, daß das finanzpolitische Schiff in den 90er Jahren trotz weltweiter Umbrüche Kurs gehalten hat.

Theo Waigel hat dafür gesorgt, daß Deutschland und Europa von den Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten und den wirtschaftlichen Krisen in Rußland und Asien weitgehend verschont geblieben sind.

Heute zahlt sich aus,

● daß wir mit unseren Reformen die Rahmenbedingungen für Arbeit in Deutschland verbessert haben,

● daß wir unnachgiebig für eine stabile europäische Währung gekämpft haben,

● daß die Europäische Zentralbank unabhängig und vorrangig auf das Ziel der Preisniveaustabilität verpflichtet ist.

Herr Bundeskanzler: Heute müssen Sie zugeben, wie sehr Sie als Kanzlerkandidat mit Ihrem opportunistischen Geunke vom EURO als „kränkelnder Frühgeburt“ daneben gelegen haben.

Ich hoffe für unser Land künftig auf weniger Populismus und dafür auf mehr Sachverstand bei Ihnen.

Schuldenerlaß für Nicaragua und Honduras

Zur Wirbelsturmkatastrophe in Mittelamerika, bei der 30.000 Menschen ums Leben kamen und über 2,5 Millionen Menschen von den Auswirkungen des Sturmes betroffen sind, erklärte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Klaus-Jürgen Hedrich**:

Ich fordere die Bundesregierung auf, Nicaragua und Honduras die Schulden, welche aus der Entwicklungszusammenarbeit entstanden sind, umgehend zu erlassen. Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung in allen internationalen Gremien für einen möglichst umfassenden Schuldenerlaß auf multilateraler Ebene einsetzen. Nur so ist es möglich, den betroffenen Menschen in Mittelamerika dauerhaft Hilfe zu leisten.

Volker Rühle:

Die eigentliche Bewährungsprobe steht Ihnen erst noch bevor

Beide Minister dieser Bundesregierung, der Außenminister und der Verteidigungsminister, haben von Kontinuität und Berechenbarkeit gesprochen. Das ist gut so, und das ist ja auch ein Kompliment für die Politik, die vorher gemacht worden ist. Aber, Herr Fischer und Herr Scharping, die Politik, in deren Kontinuität Sie sich stellen, mußte irgendwann im Kampf durchgesetzt werden – hier und auch international. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Deswegen: Die eigentliche Bewährung wird erst dann kommen, wenn neue Fragestellungen auf Sie zukommen, ob auch Sie dann etwas im Kampf durchsetzen können, was den deutschen Interessen dient und was eine vernünftige internationale Politik ist. Das ist die eigentliche Bewährungsprobe.

Nehmen Sie das Beispiel – Herr Fischer, Sie haben gesagt, das sei ganz wichtig –, daß Europa jetzt zusammenwächst. Aber die Öffnung Westeuropas von der Sicherheit her auch für die Polen, die Tschechen, die Ungarn, die Öffnung der NATO, das ist im Kampf durchgesetzt worden, hier in Deutschland gegen Sie und auch international. Wo sind die Politiker in der neuen Regierung, die in der Lage sind, wichtige Weichenstellungen auch in der Zukunft durchzusetzen und sich nicht nur in eine Kontinuität hineinzustellen?

Oder nehmen Sie das Beispiel Jugoslawien: Herr Scharping, ich will nicht die Kontroverse mit Ihnen. Aber es ist schon ein starkes Stück, wenn Sie sagen, man müsse die Krisen früher erkennen. Wer hat denn

darauf gedrängt, dort hinzugehen und zu intervenieren, Massaker und Krieg zu stoppen? Ich glaube, dieses Drängen ist nicht von der früheren Opposition gekommen, sondern von der Regierung. Das haben wir durchgesetzt. Sonst wären wir auch noch nicht so weit, wie wir heute sind.

Bewährungsprobe Irak

Herr Fischer, Sie werden eine Bewährungsprobe bekommen. Das ist der Irak. Da können Sie nicht sagen, das sei allein Sache der Amerikaner. Es geht auch uns an, ob es dort zur Produktion von Massenvernichtungswaffen kommt. Dann ist auch

Aus der Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle, in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung

die Frage an die deutsche Solidarität gestellt. Man kann nicht in Feiertagslaune – wie der Kanzler Schröder – hier über deutsch-amerikanische Freundschaft sprechen, aber in einer konkreten Situation sich verweigern und abtauchen. Damit werden Sie nicht durchkommen.

Aber ich habe bei aller Kontinuität den Eindruck, daß man schon versucht, ein bißchen umzuinterpretieren. Herr Fischer, wenn Sie sagen, im Kosovo gehe es nur um den Einsatz von Zivilisten, die OSZE spiele dort die Hauptrolle, so – das muß ich Ihnen sagen – unterschlagen Sie, daß

die politischen Verhandlungen der Amerikaner nur deswegen Erfolg hatten, daß es den Einsatz der Zivilisten dort nur deswegen gibt, weil wir bereit waren, notfalls auch militärisch zu handeln – nur deswegen! Das darf nicht unterschlagen werden.

Herr Minister Scharping, an einem Punkt sollten Sie noch einmal nachdenken. Sie haben gesagt, wenn deutsche Soldaten nach Mazedonien geschickt würden – ich meine jetzt nicht die Luftüberwachungsoperation; dafür haben Sie unsere Zustimmung, das ist klar; wir bleiben in der Kontinuität unserer Politik, Sie brauchen Ihre eigenen Mehrheiten – um notfalls im Kosovo einzugreifen, um diese Beobachter zu retten, dann sei das kein militärischer Einsatz. Ich muß Ihnen sagen: Es ist hochgefährlich, wenn man versucht, die kleinste gemeinsame Sprachregelung innerhalb der Koalition zu finden, um im Deutschen Bundestag eine Mehrheit für einen Einsatz zu erzielen, der natürlich ein militärischer Einsatz ist.

Was bedeutet dieser Einsatz? Sie schicken deutsche Soldaten nach Mazedonien. Im Ernstfall müssen sie gegen den Willen der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien im Kosovo militärisch eingreifen, um Zivilisten aus dieser Region zu holen.

Auch den Soldaten schulden wir es, daß die Gefahren einer solchen Mission nicht heruntergespielt werden, nur damit man in der Koalition verbal eine Einigung erzielt. Wenn es sich nicht um eine militärische Aktion handeln würde – das gilt für die Luftüberwachung und natürlich auch für die Mission einer Extraction Force –, müßte sich der Deutsche Bundestag nicht mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Ich habe in der Koalitionsvereinbarung viel über die Zivilisierung der internationalen Beziehungen und ihre Verrechtlichung gelesen. Das sind alles schöne Worte. Es ist richtig: Das Militärische ist die Ultima ratio. Aber: Wenn politisches Verhandeln scheitert – es kann scheitern –

und wenn nicht die Bereitschaft besteht, notfalls auch mit militärischen Mitteln denen in den Arm zu fallen, die nicht friedenswillig sind, dann würden Sie sich auf einen falschen Kurs begeben und sich von der Solidarität der westlichen Gemeinschaft verabschieden.

Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenrechte – Herr Minister Fischer, Sie haben die Menschenrechte in den Mittelpunkt gestellt. Das ist richtig. Wir haben übrigens schon in der Zeit des kalten Krieges immer gesagt: Der Friede ist nichts Absolutes, sondern es gibt ihn nur in Verbindung mit Freiheit, Gerechtigkeit und Beachtung der Menschenrechte. Sie haben gesagt: Es ist gut, daß die Kriegsverbrecher in Bosnien nach Den Haag kommen. Einer der übelsten Kriegsverbrecher ist nur durch das „Kommando Spezialkräfte“ der deutschen

Redebeitrag zum Bereich Außenpolitik, Verteidigung, europäische Einigung

Bundeswehr nach Den Haag gekommen. Dagegen haben die Grünen massiv protestiert. Meine konkrete Frage ist: Sind Sie damit einverstanden, wenn auch in Zukunft Spezialkräfte der Bundeswehr dafür sorgen, daß Kriegsverbrecher vor internationale Gerichte gebracht werden?

Sie haben ferner gesagt, es erfülle Sie mit Genugtuung, wenn ein Diktator wie Pinochet zur Rechenschaft gezogen wird. Ihre Haltung kann ich nachvollziehen. Ich – und vor mir Heiner Geißler und Norbert Blüm – waren in Chile in den Gefängnissen, als unsere Freunde, die christlichen Demokraten, dort verfolgt, eingesperrt und gefoltert wurden. Deswegen kann ich Ihre Haltung nachvollziehen. Aber haben Sie bitte keine selektive Haltung. Es gibt immer noch politische Gefangene in Kuba und in anderen Gegenden der Welt. Was machen Sie mit Fidel Castro? Lassen Sie

uns also sehr sorgfältig darüber diskutieren, was es bedeutet, Menschenrechte durchzusetzen und zu verdeutlichen: Wer immer dagegen verstößt, muß damit rechnen, daß er auf internationalem Wege zur Verantwortung gezogen wird. Es geht aber nicht an, daß es einen selektiven Einsatz für die Beachtung der Menschenrechte gibt.

Herr Minister Scharping, Sie haben als Verteidigungsminister das Richtige in bezug auf Ihre Amtszeit gesagt. Sie haben sich für die Wehrpflicht eingesetzt. In diesem Punkt haben Sie die volle Unterstützung unserer Fraktion.

Sie haben noch einen weiteren sehr richtigen Satz gesagt: Diejenigen, die Sicherheit produzieren, nämlich unsere Soldaten, haben selbst die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes verdient. Deswegen haben Sie sich klar gegen alle Vorstellungen der Grünen gewandt, im Rahmen der Koalition in die Strukturen der Bundeswehr einzugreifen.

Kein Fragezeichen für die Bundeswehr

Sie müssen wissen, daß Sie in diesen entscheidenden Punkten unsere Unterstützung haben, daß wir Sie aber auch an diesen Punkten messen werden. Es ist deswegen ganz wichtig, daß die Wehrstrukturkommission – Sie haben ja auch eine Rentenkommission; überall, wo Sie mit den Grünen uneins sind, werden Kommissionen eingesetzt – nicht sozusagen jahrelang ein Fragezeichen für die Bundeswehr bedeutet. Unsere Soldaten haben es nicht verdient, daß sie bezüglich ihrer Zukunft im ungewissen gehalten werden, zumal wir gleichzeitig von ihnen schwierige Einsätze verlangen müssen. Sie sollen wissen, daß eine Chance für einen Konsens in diesem Hause besteht.

Was Wehrpflicht und Umfang der Bundeswehr angeht, habe ich es einmal so

gesagt: Sicherheit für die Produzenten der Sicherheit, Sicherheit für unsere Soldaten. Wenn Sie sie zu internationalen Einsätzen schicken, dann können Sie nicht zu Hause die Kasernen anstecken, so wie die Grünen das immer wieder versucht haben.

„Kasernen anstecken“ heißt natürlich, die Stationierungsorte der Bundeswehr in Frage zu stellen. Das ist doch genau das, was Sie, Frau Kollegin Beer, tun. Sie wollen doch den Umfang der Bundeswehr halbieren. Das ist in einer solchen Situation unverantwortlich.

Zieldatum für EU-Osterweiterung entwickeln

Gestatten Sie mir noch eine kurze Bemerkung zur Europapolitik. Es gab ja nach den Besuchen des Kanzlers und des Außenministers in Polen die Diskussion, ob wir für die EU-Osterweiterung eine zeitliche Perspektive brauchen. Ich glaube, daß man noch einmal einen Moment darüber nachdenken sollte, was die richtige Politik ist.

Herr Schröder, der Bundeskanzler, hat gesagt, er habe nicht soviel Phantasie, ein Datum zu nennen.

Ich muß Ihnen sagen: Wenn Sie ein Datum setzen – 2002 wäre realistisch –, ist es viel einfacher, die schwierigen Entscheidungen im jeweiligen Lande durchzusetzen. Ich weiß, daß die EU-Erweiterung nicht vergleichbar ist mit der NATO-Erweiterung. Die EU-Erweiterung ist viel schwieriger umzusetzen. Mitglied der NATO können Sie auch mit alten Flugzeugen und alten Panzern werden. Mitglied der Europäischen Union aber können Sie mit einer veralteten Landwirtschaft und einer veralteten Wirtschaft nicht werden. In dem Moment, in dem ein Zieldatum im Hinblick auf den Beitritt zur NATO genannt wurde, hat es unglaubliche Anstrengungen der Ungarn, der Polen und der Tschechen ge-

Fehlstart in der Verkehrspolitik

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zur Rolle der Verkehrspolitik der rot-grünen Koalition in der Regierungserklärung:

In der mehr als zweistündigen Regierungserklärung des Bundeskanzlers fiel nicht einmal ein Wort zur Verkehrspolitik. Dies ist ein denkbar schlechter Start.

Hinzu kommt der schlechte Start von Minister Müntefering in seinem Ministerium: Er bringt einen großen Stab überwiegend fachfremder Gefolgsleute mit. Er entläßt fast alle Abteilungsleiter, entzieht damit sich und dem Ministerium einen erheblichen Teil an Fachverstand und Sachkompetenz. Sein rabiates Vorgehen hat selbst vor

parteilosen Fachleuten nicht Halt gemacht.

Ein weiteres Problem zeichnet sich ab: Die Vorstellungen der Bündnis-Grünen finden sich in keinem der verkehrspolitischen Kernpunkte wieder. Damit ist ein erhebliches Streitpotential bei der künftigen Umsetzung dieser Vereinbarung vorprogrammiert. Minister Trittin wartet damit noch nicht einmal, bis der zuständige Bundesminister seine Ziele vorgestellt hat. Er macht mit seinem Interview in der Süddeutschen Zeitung am 4. November bereits im Vorfeld deutlich, daß er die Vorgaben für die Verkehrspolitik diktieren will.

Dieser Fehlstart des neuen Ministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen ist eine schwere Hypothek für die Zukunft.

geben, weil sie gewußt haben: Die Anstrengungen lohnen sich; es gibt ein konkretes Zieldatum.

Deswegen würde ich der Bundesregierung raten, zu versuchen, gemeinsam mit Polen und den anderen Staaten ein Zieldatum zu entwickeln und zu sagen: Wir jedenfalls werden, was die Reformen innerhalb der Europäischen Union angeht, alles tun, daß ihr 2002 Mitglieder werden könnt. Wenn ihr dann noch auf eurer Seite die notwendigen Reformen durchsetzt, dann ist der Beitritt zu einem solchen Datum machbar. Es muß möglich sein, hier eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, damit Deutschland auch weiterhin Motor im Hinblick auf das Zusammenwachsen in Europa ist.

Die letzte Bemerkung möchte ich auf die baltischen Staaten beziehen. Ich glaube, jeder spürt, daß sie mehr als manch andere zur Familie der europäischen Staaten gehören – sie haben in diesem Jahrhun-

dert ein besonders schlimmes Schicksal gehabt –, daß aber der Weg in die Sicherheitsgemeinschaft der NATO sicherlich noch ein langer Weg ist. Um so offener sollten wir dafür sein – das war auch bei Klaus Kinkel, dem früheren Außenminister, der Fall –, sie so schnell wie möglich in die Europäische Union aufzunehmen. Natürlich alle drei als Gruppe. Denn sie alle haben nicht das Gewicht, daß sie auf Grund irgendwelcher statistischer Abweichungen und auf Grund der Probleme, die es in diesen Staaten noch gibt, die Europäische Union ruinieren könnten.

Nachdem sich Estland qualifiziert hat und Lettland anerkanntermaßen Fortschritte gemacht hat – Außenminister Kinkel hat immer deutlich gemacht, daß die Möglichkeit bestehen muß, auch zwischenzeitlich aufgenommen zu werden –, liegt es in der Verantwortung der Bundesregierung, Lettland und Litauen in den europäischen Integrationsprozeß mit aufzunehmen. ■

Friedrich Merz:

Mit weiteren Umfinanzierungen erhöhen Sie die Staatsquote

Herr Lafontaine, Sie haben viel über Europa gesprochen. Das hatte durchaus einen Sinn. Aber wir hätten doch erwartet, daß Sie heute morgen einmal zu den Spekulationen, die Sie selbst in die Welt gesetzt haben, ein Wort sagen, nämlich ob Sie nun hier in Deutschland ein Finanzminister auf Abruf sind, ob Sie also die Lage, in der Sie jetzt sind, nämlich die Nummer zwei zu sein, eben nicht so lange ertragen und wieder die Nummer eins werden wollen.

Ich will zu Beginn auf einige Punkte zu sprechen kommen, die Sie, Herr Lafontaine, in Ihrer Einführung dargelegt haben. Lassen Sie mich zunächst zu dem Thema der Zinsquote im Bundeshaushalt etwas sagen. Es ist wahr, die Zinsquote des Bundeshaushaltes ist relativ hoch. Sie ist aber auch deshalb so hoch, weil wir die finanziellen Lasten, die mit der Überwindung der deutschen Teilung verbunden waren, ganz überwiegend über den Bundeshaushalt finanziert haben. Dazu, Herr Lafontaine, haben Sie nicht ein einziges Wort gesagt.

Beim Bundeshaushalt haben wir schon eine etwas andere Lage als beim Haushalt des Saarlandes, den Sie bis vor kurzem noch zu verantworten hatten, Herr Lafontaine. Ich werde auch auf die Geldpolitik gleich noch zu sprechen kommen.

Lassen Sie mich vorweg etwas zu den versicherungsfremden Leistungen sagen, die Sie angesprochen haben. Herr Lafontaine, richtig ist, daß auch die Sozialversicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland über eine gewisse Zeit – wie

alle öffentlichen Haushalte – von den Konsequenzen aus der Überwindung der deutschen Teilung betroffen waren. Aber Sie selbst, die SPD-Bundestagsfraktion, wir alle haben in diesem Jahr gemeinsam eine Mehrwertsteuererhöhung beschlossen.

Diese ist am 1. April 1998 in Kraft getreten. Der Bundesrat hat dem mit der Mehrheit der SPD-geführten Bundesländer zu-

Aus der Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung

gestimmt. Mit Leistungen aus dem Bundeshaushalt von jetzt insgesamt gut 100 Milliarden DM im Jahr 1999 sind sämtliche sogenannten versicherungsfremden Leistungen, die die Rentenversicherung zu tragen hat, abgegolten. Das Thema versicherungsfremde Leistungen, Herr Lafontaine, ist erledigt.

Das, was Sie jetzt beginnen, ist eine Umverteilung aus dem Steuerhaushalt in die Sozialhaushalte. Ich zitiere hier einmal aus dem Buch Ihres Ministerkollegen Bodo Hombach – der jetzt gerade nicht da ist –, einem Buch, das ich mit großem Interesse gelesen habe, das ich mir beinahe sogar gekauft hätte, um einen Beitrag dazu zu leisten, daß er irgendwann einmal sein Haus bezahlen kann.

In diesem Buch schreibt Herr Hombach:

Langfristig darf es aber nicht einfach bedeuten, daß beitragsfinanzierte Lasten nun auf steuerfinanzierte Lasten umgewälzt werden.

Wörtlich heißt es weiter:

Das hieße, von einer Tasche in die andere zu wirtschaften.

Herr Lafontaine, mit der Umfinanzierung aus dem Steuerhaushalt in die Sozialhaushalte beginnen Sie genau mit dieser Umfinanzierung von einer Tasche in die andere.

Nachdem Sie, Herr Bundeskanzler, am Dienstag in Ihrer Regierungserklärung – man mußte schon ziemlich aufmerksam zuhören, um das auch wahrzunehmen – zu Recht einen Hinweis darauf gegeben haben, daß die Staatsquote in Deutschland weiter sinken müsse, hätten wir nun von Ihnen, Herr Lafontaine, als dem dafür zuständigen Bundesfinanzminister erwartet, daß Sie dieses etwas konkreter darlegen. Denn aus der Summe von Abgabenquote und Sozialleistungsquote, also aus dem Staatsverbrauch, ergibt sich die Staatsquote. Gegenwärtig sinkt die Staatsquote in der Bundesrepublik Deutschland – richtigerweise.

Wenn Sie weitere Umfinanzierungen vornehmen, wird die Staatsquote steigen. Nun sagen Sie bitte nicht, dies sei nur eine akademische Größe, über die sich vielleicht irgendwelche Finanzpolitiker unterhalten, die aber gesamtwirtschaftlich keine Bedeutung habe. Das Gegenteil ist richtig.

Die Bundesregierung unter Helmut Kohl hat in den Jahren von 1982 bis 1991 die Staatsquote in der Bundesrepublik Deutschland von den gut 51 Prozent, die sie von Helmut Schmidt übernommen hatte, auf gut 46 Prozent abgesenkt. Das Ergebnis war, daß in diesen Jahren in Deutschland 3,2 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen konnten.

Wenn Sie, Herr Lafontaine, ohne Rückführung der gesamten Abgabenbelastung eine reine Umfinanzierung durch Um-

schichtung von Geldern aus den Steuerhaushalten in die Sozialhaushalte vornehmen, werden Sie das Ziel, das Sie sich gesetzt haben und das wir teilen, nämlich die Absenkung der Arbeitslosigkeit, nicht erreichen.

Damit schon zu Beginn – wir reden ja über die Schluß- und die Eröffnungsbilanz – die richtigen Zahlen unserer weiteren Diskussion zugrunde gelegt werden, will ich nicht nur die Arbeitslosenzahlen, sondern vordringlich noch einmal die Beschäftigtenzahlen nennen. In der Zeit zwischen Dezember 1982 – das war der Beginn der 16jährigen Amtszeit von Helmut Kohl – und Herbst 1992 – das war der Höhepunkt des Aufbaus an neuer

Redebeitrag zum Bereich Haushalt und Finanzen

Beschäftigung – haben wir eine Zunahme der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 20,1 Millionen auf 23,3 Millionen erlebt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland ist also um 3,2 Millionen gestiegen. Von diesen 3,2 Millionen zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gibt es heute in den alten Bundesländern immer noch 1,8 Millionen.

Damit wir von den richtigen und den gleichen Zahlen ausgehen, Herr Lafontaine, wenn wir uns in den nächsten Jahren hier im Hause häufiger über Mißerfolge und Erfolge der Politik Ihrer Regierung unterhalten, halte ich fest: Wir haben heute in den alten Bundesländern immer noch 21,9 Millionen Beschäftigte. Ich nenne diese Zahlen deswegen und lasse sie auch im Protokoll festhalten, damit Sie nicht in einem Jahr herkommen und sagen: Wir haben dadurch, daß wir mehrere hunderttausend Menschen in die Frühverrentung oder in die Rente geschickt und ein paar

hunderttausend Jugendlichen neue Arbeit verschafft haben, das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst. Herr Lafontaine, das Problem der Arbeitslosigkeit in Deutschland werden Sie nur lösen, wenn die Arbeitslosenquote sinkt und die Beschäftigtenquote in Deutschland steigt. Anderes lassen wir nicht durchgehen.

Sie haben erfreulicherweise – ich sage das wirklich ohne irgendwelche Hintergedanken – im wesentlichen darauf verzichtet, eine Rede über die Erblast zu halten, die Sie von Helmut Kohl und Theo Waigel übernommen haben.

Herr Schröder und Herr Lafontaine, es ist in der Tat wahr: Wir haben in Deutschland ein Problem im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit.

Dieses Problem stellt sich in den einzelnen Bundesländern aber höchst unterschiedlich dar.

Ich will Ihnen die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit nicht vorenthalten: Wir haben im Saarland eine Jugendarbeitslosigkeit von 11,2 Prozent, in Niedersachsen von 11,5 Prozent, in Hamburg von 14,2 Prozent, in Brandenburg von 15,7 Prozent und in Sachsen-Anhalt, wo jetzt die DVU im Landtag sitzt – das eine hat etwas mit dem anderen zu tun –, von 16,5 Prozent.

Das ist in der Tat für die neue rot-grüne Regierung unter Oskar Lafontaine eine Erblast, die Sie mit nach Bonn bringen. In Bayern liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 5,8 Prozent und in Baden-Württemberg bei 7 Prozent. In diesen Ländern gibt es das Problem in dem von Ihnen so emotional beschriebenen Umfang nicht, Herr Bundeskanzler.

Lassen Sie mich noch einmal auf die Ausgangslage zu sprechen kommen, die Sie vorfinden. Zur Schlußbilanz der Regierung Helmut Kohl und zur Eröffnungsbilanz der Regierung Schröder gehört:

Die Währung ist stabil, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Gesamtverschuldung ist

rückläufig, das Staatsdefizit wird in diesem Jahr weit unter dem Maastricht-Kriterium von 3 Prozent, nämlich bei ungefähr 2,5 Prozent liegen. Damit liegen alle gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten und Plandaten für den Bundeshaushalt auf dem Tisch – und nicht erst seit dieser Woche, Herr Lafontaine, sondern schon seit drei oder vier Wochen. Es gab zu keinem Zeitpunkt irgendeine Zahl, die Sie nicht kennen konnten und die Ihnen die Beamten Ihres Hauses – Sie haben aus der gesamten Führungsetage nur einen Beamten übernommen – nicht vorgelegt haben. Alle Rahmendaten und alle Plandaten liegen Ihnen vor.

Das Fazit lautet: Die neue Bundesregierung übernimmt nicht eine Erblast, sondern sie trifft auf alle Voraussetzungen für einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland in den nächsten Jahren.

Dies wird durch die gestern veröffentlichte Steuerschätzung eindrucksvoll belegt.

Im Jahre 1998, im ersten Jahr eines beginnenden wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland, werden die Staatseinnahmen aller Gebietskörperschaften, also des Bundes, der Länder und der Gemeinden, um 7,8 Milliarden DM höher sein, als noch im Mai dieses Jahres geschätzt. Davon entfallen – ich will diesen Punkt nur der Vollständigkeit halber erwähnen, weil an uns häufig die Kritik geübt worden ist, wir ließen die Gemeinden allein – über 5 Milliarden DM auf die Kommunen. Dies ist ein großartiger Erfolg der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Jahres 1998, die wir noch zu verantworten hatten.

Herr Lafontaine, es gibt im nächsten Jahr nicht etwa eine große Lücke und Defizite auf Grund der Verhältnisse, die Sie vorgefunden haben. Vielmehr werden die Gebietskörperschaften insgesamt im nächsten Jahr höhere Steuereinnahmen von insge-

Peter Götz neuer Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik

Die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Peter Götz zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt.

Peter Götz verfügt über langjährige kommunalpolitische Erfahrung. Er war von 1985 bis 1990 erster Beigeordneter (Bürgermeister) der Stadt Guggenau und vorher 10 Jahre Stadtrat in Rastatt.

Seit 1990 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 1997 Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt:

Albert Deß (Bayern)

Werner Lensing (NRW)

Margarete Späte (Sachsen-Anhalt)

Gert Willner (Schleswig-Holstein).

Nach seiner Wahl erklärte Peter Götz:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist fest entschlossen, die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung der Städte, Gemeinden und Kreise auch in der Opposition zu einem Schwerpunkt ihrer Politik zu machen.

samt 38 Milliarden DM gegenüber dem laufenden Jahr 1998 haben. Davon entfallen mehr als 26 Milliarden DM auf den Bund. Sie finden einen Haushaltsplan und einen Etat für das nächste Jahr vor, Herr Lafontaine, der Ihnen 26 Milliarden DM höhere Einnahmen als im laufenden Haushaltsjahr 1998 bringt. Das heißt im Klartext: Der Bund hat gegenüber dem laufenden Jahr 1998 um 7,5 Prozent höhere Steuereinnahmen.

Diese Zahlen zeigen zweierlei: **Erstens:** Die von Ihnen häufig zitierte Steuerquote steigt. **Zweitens:** Sie finden im Bundeshaushalt den Spielraum für eine durchgreifende Steuerreform mit Nettoentlastungen bei gleichzeitiger Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage vor.

Herr Minister Lafontaine, wenn Sie jetzt bestreiten, daß Sie bei diesen Steuermehreinnahmen des kommenden Jahres den Spielraum für eine durchgreifende Steuerreform haben, dann haben Sie mit den Steuereinnahmen, die Sie im nächsten

Jahr zusätzlich haben werden, etwas anderes vor als eine vernünftige Steuerpolitik.

Ich sage Ihnen vorsorglich

– denn es gab heute in den Zeitungen wieder Hinweise auf Art. 115 des Grundgesetzes, der die Grenze der Neuverschuldung des Bundeshaushaltes bestimmt –:

Die steigenden Steuereinnahmen, die sich langsam abbauende Arbeitslosigkeit in Deutschland, die zurückgehende Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die anhaltende Preisstabilität verbieten Ihnen schon jetzt für das gesamte nächste Jahr die Feststellung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Herr Lafontaine, es gibt jetzt im übrigen überhaupt keinen Grund mehr dafür, daß Sie dem Bundestag den Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 1999 vorenthalten. Wir erwarten, daß Sie spätestens in der ersten Dezemberwoche den Etatentwurf für das Jahr 1999 vorlegen. ■

Jürgen Rüttgers:

Am Ende steht nicht weniger, sondern mehr Kriminalität

Der Bundeskanzler hat im Wahlkampf und in seiner Regierungserklärung gesagt: „Wir wollen nicht alles anders machen, aber vieles besser.“ Nach dem verpatzten Start dieser Regierung hätte er besser gesagt: „Wir wollen nicht alles besser machen, aber vieles anders.“

Eine mißlungene Steuerreform, Krach mit der Bundesbank, ungedeckte Schecks und Versprechungen in Milliardenhöhe und ein Innenminister, dessen Positionen und Äußerungen so klar sind wie Drucker-schwärze.

● Da wird gemeldet, der Innenminister sei für die Freigabe weicher Drogen. Das wird sofort dementiert. Eine Freigabe sei „zur Zeit nicht denkbar“. Aber er sei bereit, seine bisherige Haltung zu überprüfen (Express vom 10. 11. 1998).

● Was denn nun, Herr Schily? Ja oder nein?

● Da lobt Herr Schily die Arbeit der Gauck-Behörde „für die Festigung der Demokratie und das Zusammenführen unseres Volkes“ und kündigt zugleich eine „aufgabenkritische Diskussion“ über die Behörde an.

● Was denn nun, Herr Schily? Wird die Stasi-Überprüfung eingeschränkt oder nicht? Ja oder nein?

● Da wird im Verfassungsschutzbericht 1997 die PDS im Kapitel „Linksextremistische Bestrebungen“ aufgeführt und beschrieben. Und angesichts der Tatsache, daß die SPD in Mecklenburg-Vorpommern mit dieser Partei koalitiert, fällt Herrn Schily nur ein, das sei eine „etwas vertrackte Situation“.

● Sind Sie nun der Verfassungsminister, Herr Schily? Ja oder nein?

● Da hält Herr Schily laut SPIEGEL die doppelte Staatsangehörigkeit gerade mal für hinnehmbar. Wenige Sätze weiter preist er das neu konzipierte Staatsangehörigkeitsrecht als „Reformwerk von historischen Dimensionen“.

● Was denn nun? Hinnehmbar oder historisch?

So etwas kommt, wenn man sich im Wahlkampf verbiegt. So etwas kommt, wenn man in der eigenen Partei keine Mehrheit hat.

Sie haben bei Ihrer Amtseinführung gesagt, Herr Schily, niemand „müsse Sorge

Aus der Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers, in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung

haben, daß es erstmals gelungen sei, den scheidenden Innenminister zu klonen“. Ich kann Sie beruhigen, diese Angst haben wir nicht. Klonen hat etwas mit identisch zu tun. War Manfred Kanther klar, sind Sie unklar. War die Innen- und Rechtspolitik der alten Regierung eindeutig, so ist sie jetzt mehrdeutig.

Genauso das neue innenpolitische Rezept der SPD: Schily con carne, aber ohne Fleisch, ohne Grundsätze. Aber mit jeder Menge roter Soße.

Da lese ich in der Koalitionsvereinbarung: Alltagskriminalität soll „bürokratie-arm“ bestraft werden. Ist das das neue Wort für Entkriminalisierung von Bagatelldelikten? Die Herausnahme von Bagatelldelikten aus dem Strafrecht führt nur zu noch mehr Kriminalität. Das Rechtsbewußtsein nimmt erheblich Schaden, wenn Delikte nur deshalb nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden, weil sie massenhaft begangen werden. Die Konsequenzen sind verheerend: Hemmschwellen werden gesenkt, Rechtsbrecher ermutigt, kriminelle Karrieren gefördert. Ein eindeutig falsches Signal gerade angesichts des starken Anstiegs bei der Kinder- und Jugendkriminalität in den letzten Jahren.

„Härte gegen das Verbrechen aber auch Härte gegen seine Ursachen“, sagt der Bundeskanzler. Dann muß er aber auch sagen „Wehret den Anfängen“. Anfänge, das ist oft die geduldete Verwahrlosung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Plätzen durch Drogenszenen und Alkoholismus – das sind Milieus von Vandalismus und Schmierereien. Wir wollen keine Gewöhnung an Ordnungswidrigkeiten, Ladendiebstahl und Drogenkonsum. Am Ende steht nicht weniger, sondern mehr Kriminalität.

Deshalb ist es auch falsch, die Strafverfolgung auf kriminellen Drogenhandel zu beschränken. Auch der Besitz von Drogen muß strafbar bleiben. Die Beschaffungskriminalität läßt sich nur dann wirksam bekämpfen, wenn nicht nur gegen Drogenhändler sondern auch gegen Drogenbesitzer konsequent strafrechtlich vorgegangen wird.

Genauso unklar wie bei der inneren Sicherheit bleibt auch die Koalitionsvereinbarung bei der Ankündigung, für gleichgeschlechtliche Paare ein Rechtsinstitut der „eingetragenen Lebenspartnerschaft“ zu schaffen.

Schon unklar ist, warum ein solches Rechtsinstitut nur für gleichgeschlechtli-

che Paare eingerichtet werden soll. Warum nicht auch für nichteheliche heterosexuelle Paare? Notarielle Verträge kann man schon heute abschließen.

Wie soll das eigentlich in der Praxis funktionieren? Soll der Standesbeamte neben dem Heiratsbuch auch noch ein Partnerschaftsbuch führen? Wird demnächst auch das Ende solcher Partnerschaften registriert, vergleichbar einer Ehescheidung? Gelten die gleichen Folgen wie bei der Ehescheidung? Und wenn nicht: Warum werden Ehepaare, die sich scheiden lassen, dann anders behandelt? Was bleibt eigentlich noch vom besonderen Schutz für Ehe und Familie, den das Grundgesetz

Redebeitrag zum Bereich Innenpolitik und Recht

garantiert? Auch hier wieder alles unklar und unausgegoren.

Nachdem die alte Bundesregierung wichtige Schritte auf dem Weg zu schnelleren Verwaltungs- und Gerichtsverfahren und zu einem schlanken Staat durchgesetzt hat, kündigt die neue Bundesregierung jetzt eine umfassende Justizreform an. Wir begrüßen dieses Vorhaben. Die Bundesregierung kann dabei auf erfolgreiche Vorarbeiten aus der vergangenen Legislaturperiode zurückgreifen.

Verschlinkung der Justizorganisation, Verringerung der Zahl der Gerichtszweige sowie Zusammenführung der Verfahrensordnungen; Entlastung der Justiz durch Förderung der außergerichtlichen Streitbeilegung; Reduzierung der Kontrolldichte richterlicher Tätigkeit durch Abschaffung der zweiten Tatsacheninstanz und Erweiterung des verwaltungsbehördlichen Beurteilungsspielraums, das sind Vorschläge des Sachverständigenrates „Schlanker Staat“. Wir sind bereit, an einer solchen Justizreform mitzuarbeiten. ■

Horst Seehofer:

Rot-grüne Agrarpolitik: Uneingelöste Versprechen

Zum agrarpolitischen Teil der Regierungserklärung und den Konsequenzen des Steuerreformgesetzes für die deutsche Landwirtschaft erklärte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Seehofer:

„Ländliche Räume stärken – Landwirtschaft sichern“ – überprüft man diese Zielsetzung aus der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen an der Regierungserklärung des Bundeskanzlers und den agrarpolitischen Bestimmungen des Steuerentlastungsgesetzes, so bleibt von den wohlklingenden Worten in der Substanz nicht viel übrig. Von einer tragfähigen Perspektive für die Zukunft der deutschen Land- und Forstwirtschaft kann erst recht nicht die Rede sein. Offenbar keines Wortes würdig befand der neue Bundeskanzler die strukturellen und wirtschaftlichen Probleme der Land- und Forstwirtschaft und ihrer in der überwiegenden Zahl bäuerlichen Familienbetriebe; kein Wort auch zu den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Leistungen der Landwirtschaft, der Versorgung der Bevölkerung mit Produkten, die höchsten gesundheitlichen Standards und Verbraucherinteressen entsprechen; kein Wort zu den weitgehend unentgeltlich erbrachten Leistungen für Natur- und Landschaftspflege oder zur Nutzung landwirtschaftlicher Rohstoffe für regenerative Energien.

Auch die rot-grünen Positionen zur Agenda 2000, dem Reformkonzept der EU-Kommission zur künftigen europäischen Agrar-, Struktur- und Finanzpolitik

und zur Erweiterung der Europäischen Union fallen mehr als dürftig aus. Im Koalitionsvertrag liest man dazu außer diplomatischer Poesie nichts Konkretes. Die Bundesregierung setzt ihre Priorität auf eine fristgerechte Verabschiedung der Agenda 2000, statt sich mit den konkreten Vorhaben der Kommission und den Interessen der deutschen Land- und Forstwirtschaft auseinanderzusetzen. Die gerade auch von den berufsständischen Organisationen immer wieder kritisierten Nachteile der Agenda 2000 – höhere Agrarkosten, Einkommenseinbußen und

Redebeitrag zum Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ein Übermaß an Bürokratie – wurden mit keinem Wort erwähnt.

Es gibt keinen einzigen originären Vorschlag, der erkennen läßt, daß die rot-grüne Koalition wirklich etwas für die ländlichen Räume und die Sicherung der bäuerlichen Betriebe anzubieten hat. Auch die Zielsetzung, EU-Subventionen für die Landwirtschaft zumindest teilweise durch direkte Einkommenshilfen aus den nationalen Haushalten zu ersetzen, ist keine Erfindung von Rot-Grün, sondern ein Vorschlag der EU-Kommission vom Oktober 1998, mit dem sie auf die wohlbegründeten Forderungen der alten Bundesregierung nach einer substantiellen Entlastung der Bundesrepublik Deutschland bei den Nettobeiträgen zur EU-Kasse reagiert.

Als Landwirt weiß ich, wo es unseren Bauern unter den Nägeln brennt

Anlässlich seiner Wahl zum agrarpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:

Als praktizierender Landwirt weiß ich, wie die angedachte rot-grüne Agrarpolitik unseren Land- und Forstwirten sowie der gesamten Ernährungswirtschaft schaden wird. Zusammen mit meinen Kollegen der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Forsten werde ich mich mit aller Kraft gegen diese Politik stemmen. Es seien hier nur die anstehenden Beschlüsse zur Agenda 2000 und zur sog. Steuerreform als Beispiele genannt.

Für mich umfaßt Agrarpolitik nicht nur die Verantwortung für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Ich möchte in die Agrarpolitik die Sicherung der Wirtschaftskraft und der Lebensräume in ländlichen Regionen miteinschlie-

ßen. Ein ebenso wichtiger Aspekt unserer Politik ist der Erhalt der Kulturlandschaft, die regionale Identitäten geschaffen hat und so unsere Heimat prägen.

Den guten Ruf verteidigen

Unsere Landwirtschaft ist für ihre qualitativ hochwertigen Produkte anerkannt. Es gilt, diesen Ruf zu verteidigen und zu stärken. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit wird deshalb auch die Verbraucherpolitik im Ernährungsbereich sein.

Als stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Niedersachsen kenne ich den neuen Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke. Er ist Agrarpopulist, der sich in der Sache auskennt und gute Reden hält. Dies reicht aber nicht aus. Jetzt ist sein Handeln gefragt, da hatte er bisher Defizite.

Wie wenig die rot-grüne Koalition auf die besonderen Schwierigkeiten in der durch einen tiefgreifenden Strukturwandel ohnehin erheblich belasteten deutschen Land- und Forstwirtschaft Rücksicht nimmt, zeigt auch ein erster Blick auf das sogenannte Steuerentlastungsgesetz. Von dem Anspruch der Koalition, kleine und mittlere Einkommen zu entlasten und die ländlichen Räume zu stärken, bleibt faktisch nichts erhalten. Nahezu sämtliche bisherigen Freibeträge und Ermäßigungen werden auch nach der Überarbeitung des Referentenentwurfs zur Steuerreform gestrichen. Die Verordnung eines aufwendigen bürokratischen Aufzeichnungssystems auch für die kleinen Betriebe bedeutet nicht nur mehr Bürokratie,

sondern auch höhere Kosten, wo eigentlich eine Vereinfachung erforderlich gewesen wäre.

Die Steuerreform trägt die Handschrift von Finanzminister Lafontaine – leider auch im Kapitel Landwirtschaft. Daß jetzt selbst Landwirtschaftsminister Funke Nachbesserungen verlangt, zeigt, welchen Stellenwert die Land- und Forstwirtschaft bei Rot-Grün wirklich einnimmt. Wo war Funke, als Oskar Lafontaine die Beschlüsse zur Steuerreform zu Papier brachte? Die Bauern sind die großen Verlierer bei dieser Regierung. Der neue Landwirtschaftsminister hätte besser daran getan, rechtzeitig an Ort und Stelle zu sein, als jetzt hinter Lafontaine herzulaufen und Korrekturen in der Steuerpolitik einzufordern.

Michael Luther:

Nur fünf Minuten für die „Chefsache“ Aufbau Ost

Der „Aufbau Ost“ wurde von Ihnen, Herr Bundeskanzler, zur „Chefsache“ erklärt. Am 10. November habe ich aufmerksam Ihrer zweistündigen Regierungserklärung gelauscht. Für Ihre „Chefsache“ hatten Sie nur fünf Minuten übrig.

Ich meine, daß dieses wichtige Thema, das zentrale Thema – innere Einheit Deutschlands – mehr Gewicht verdient hätte.

Ich verstehe allerdings, daß Sie dazu nicht mehr sagen konnten, denn die 51seitige Koalitionsvereinbarung bietet für Vollendung der deutsche Einheit nur eine $\frac{3}{4}$ Seite inhaltsloser Überschriften.

Was steht drin?

● **Infrastruktur:** Der Ausbau des Telefonnetzes und die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit waren in den letzten Jahren zentrales Thema. Gewaltiges wurde erreicht. Die Anstrengungen müssen fortgesetzt werden. Das ist unstrittig. Die „Chefsache“ bringt hier nichts Neues.

Ich hoffe nur, daß bei der angedachten Überarbeitung der Verkehrswegepläne vor dem Hintergrund der Bemerkung aus Regierungskreisen – weniger ist mehr – im Ergebnis nicht mehr, sondern weniger herauskommt. Das wäre katastrophal für die neuen Länder.

● **Zentrales Thema** in den letzten Jahren waren **Modernisierung und Sanierung**. Blühende Landschaften sind für den, der es sehen will, sichtbar.

Und nun das Neue: Sie wollen die Anstrengungen zur Sanierung und Gestaltung der Städte verstärken. Ich finde, daß ist

einfach eine tolle Idee! Da haben Sie sicherlich sehr lange drüber nachgedacht.

● **Wirtschaftlicher Aufbau:** In Ostdeutschland entsteht eine moderne Industrie, darüber sind sich die Experten einig. Es gibt heute eine riesige Zahl von neuen Unternehmen.

Das war nur mit Hilfe von Fördermitteln möglich.

Nun möchte die Bundesregierung die Förderpräferenz für die neuen Bundesländern sichern. Ich finde das gut.

Aus der Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Luther, in der Bundestagsebatte über die Regierungserklärung

Allerdings sei die ironische Frage erlaubt, vor wem wollen Sie, Herr Bundeskanzler, die Förderpräferenz sichern? Genauer betrachtet scheint die Frage nicht unberechtigt, betrachtet man die Vielzahl von teuren Wahlversprechen und die ungeklärten Finanzierungsfragen. Aufbau Ost kostet Geld, und das Geld muß bereitgestellt werden.

● Es ist klar, wir brauchen den **zweite Arbeitsmarkt** auf hohem Niveau. Ich freue mich, daß Sie diese Mittel verstetigen wollen, aber neu ist der Gedanke auch nicht. Im Gegenteil, ich habe sogar Sorge, wenn ich Ihre Formulierung aus der Regierungserklärung genauer betrachte. Sie unterstellen nämlich für 1998 Wahlkampf-ABM, was, und das wissen Sie ge-

nau, nicht stimmt. Die Krux Ihrer Behauptung ist aber, daß Sie damit als stetiges Maß einen niedrigeren als den 98er Level annehmen. Das hieße aber, daß Sie 1999 weniger Mittel als 1998 für den 2. Arbeitsmarkt ansetzen wollen. Herr Bundeskanzler, das wäre gefährlich für die neuen Länder.

Resümee:

Wer von der „Chefsache“ Aufbau Ost neue Ideen erwartet hat, wurde getäuscht. Herr Schwanitz, ich wünsche Ihnen viel Glück. Sie können auf unsere Unterstützung zählen, denn der Aufbau Ost ist uns Herzensanliegen. Ich glaube, in dieser Koalition werden Sie unsere Unterstützung brauchen.

In Ihrer Regierungserklärung haben Sie auf die schwache Eigenkapitalbasis der Unternehmen in den neuen Bundesländern hingewiesen. Deshalb muß sie gestärkt werden. Glauben Sie, daß Ihnen das mit Ihrer Steuerreform gelingt?

Unternehmen brauchen für die Eigenkapitalbildung Gewinne. Sie wollen ihnen diese Gewinne wegnehmen, damit Sie Geld für Ihre Experimente haben.

Das trifft die eigenkapitalschwachen Unternehmen in den neuen Bundesländern in ganz besonderem Maße.

Ökosteuer: Einerseits ist das Einkommen in den neuen Bundesländern niedriger als in den alten Bundesländern. Andererseits müssen, dem starken wirtschaftlichen Wandel geschuldet, die Menschen in den neuen Bundesländern viel flexibler sein. Benzinsteuer trifft die Arbeitnehmer in den neuen Ländern.

Die ostdeutschen Arbeitnehmer haben in der Regel nichts von Ihren Steuerentlastungsabsichten. Sie werden also gemeinsam mit den Rentnern zum Zahlmeister. So wird die Kaufkraft nicht steigen, was Folgen für den ostdeutschen Mittelstand haben wird.

Der Strompreis in den neuen Bundesländern ist besonders hoch, weil die Stromversorgungsbasis grundlegend modernisiert

werden mußte. Das ist fatal für die Unternehmen. Sie wollen diesen Unternehmen noch höhere Strompreise zumuten. Damit werden Unternehmen in ihrem Bestand gefährdet. Mancher wird auf Neuinvestitionen verzichten müssen.

Ich zitiere hier aus der „Volksstimme“ vom 3. November: Der Wernigeröder Zylinderkopfhersteller Rautenbach hat ein Investitionspaket von 40 Mio. DM für die Produktion eines Motorblocks aus Aluminium gestoppt. „Insbesondere die von der rot-grünen Bundesregierung angekündigte Energiepreiserhöhung bedeutet für unser Unternehmen eine dramatisch nicht hinnehmbare Verschlechterung im internationalen Wettbewerb“, so der Geschäftsführer.

Das ist Folge des Hickhacks in der Koalition. Verunsicherung bei den Investoren, Verunsicherung an einer Stelle, wo es uns gelungen ist, langsam Vertrauen in die Solidität des wirtschaftlichen Aufbaus in den neuen Bundesländern zu wecken. Sie zerstören diese Vertrauensbasis.

Ich fordere Sie deshalb auf, verzichten Sie auf die Ökosteuer für die neuen Bundesländern.

Letzte Bemerkung: Ich zitiere aus Ihrer Regierungserklärung: „Die ehemaligen Bürgerrechtsgruppen aus der DDR, die gemeinsam mit den ostdeutschen Sozialdemokraten die friedliche Revolution gestaltet haben, ...“ Das ist ein dreister Versuch, Geschichte zu fälschen. Wir werden das nicht zulassen. Vera Lengsfeld, Arnold Vaatz und Günter Nooke haben Ihren Kopf im Herbst 1989 hingehalten. Die friedliche Revolution 1998 war eine Leistung der einfachen DDR-Bürger.

Sie, Herr Bundeskanzler Schröder, haben damals als Ministerpräsident gemeinsam mit Ihrem heutigen Finanzminister Oskar Lafontaine im Bundesrat gegen die Deutsche Einheit gestimmt. Ich bitte Sie, sich nie wieder in so verfälschender Art und Weise in dieser Sache einzulassen. ■

Hannelore Rönsch:

Wir haben nach 16 Jahren ein gut bestelltes Haus übergeben

Wir hatten gestern die Gelegenheit, den Bundeskanzler zwei Stunden bei seiner Regierungserklärung zu hören. Natürlich haben diejenigen, die für Familien- und Seniorenpolitik für Frauen und Jugend zuständig sind, mit besonderem Interesse gehört, welchen Stellenwert dieses Ministerium für den Bundeskanzler hat. Zwei Stunden Beliebigkeit und zwei Stunden wenig zu diesem Thema.

Frau Ministerin Bergmann, ich wünsche Ihnen für die nächsten vier Jahre sehr viel Kraft und vor allem Durchsetzungsvermögen. Sie werden uns an Ihrer Seite haben, wenn es gilt, für den Personenkreis zu kämpfen, für den Sie verantwortlich sind. Und Sie werden uns auch immer dann an Ihrer Seite haben, wenn es darum geht, die Interessen Ihres Ministeriums gegenüber denen zu vertreten, die die Arbeit, die dort geleistet wird, mit „Gedöns“ abtun.

Fragen Sie uns – wir helfen Ihnen !

Es ist heute schon verschiedentlich gesagt worden, daß in den unterschiedlichen Ministerien ein gut bestelltes Haus übergeben wird. Ich werde das auch für das Ministerium Familie, Senioren, Frauen und Jugend ausdrücklich noch einmal wiederholen. Denn man merkt, wie hier die Abrißbirne gezückt werden soll und wie Leistungen, die aus den vergangenen Jahren und Jahrzehnten unsere Bevölkerung erreicht haben, auf einmal gar nicht mehr angesprochen werden. Und da so vieles vergessen wird, will ich Ihnen sagen, was dieses Ministerium für die Generationen,

die Ihnen anvertraut sind, in den vergangenen 16 Jahren geleistet hat – oft gegen den Widerstand der SPD –, manchmal auch auf der Grundlage von Gesetzentwürfen der SPD, die sie zwar immer in der Schublade hatte, aber nie selbst verwirklichen konnte.

Ich nenne als erstes Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub.

Wer sich noch ein bißchen zurückerinnert, wird doch wohl noch wissen, daß genau Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub

Aus der Rede der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch, in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung

auch immer ein Wunsch von Ihnen war. Sie hatten nur nie eine Mark in der Tasche.

Ich nenne die Anerkennung der Kindererziehungszeiten und der Pflegezeiten in der Rente. Eine Leistung, die ganz besonders den Frauen entgegengekommen ist.

Ich nenne Freistellung von der Berufstätigkeit bei Krankheit der Kinder, die Verbesserung der Teilzeitarbeit, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, den wir gemeinsam erkämpft haben – es hat lange genug gedauert –, und die Wiedereinführung des Kinderfreibetrages sowie die sukzessive Erhöhung des Kindergeldes.

Gestern – und es war wirklich nur Monatäres zu hören in dieser Regierungserklärung – wird uns angekündigt, das Kindergeld wird erhöht – so wie vor der Wahl versprochen.

Wir freuen uns mit Ihnen für die Familien, und auch hier werden wir sehr an Ihrer Seite stehen und dafür kämpfen.

Denn wir mußten in diesem Hause schon einmal erleben, daß eine Familienministerin – und das war das letzte Mal, als Sie regiert haben – (das war Frau Anke Fuchs) – eine Kindergelderhöhung angekündigt hat, die auch tatsächlich unmittelbar nach der Wahl umgesetzt wurde. Aber bereits nach einem Jahr mußte Frau Fuchs die Wahlgeschenke wieder einkassieren. Und die Familien haben das Nachsehen gehabt.

Wir werden Ihnen sehr zur Seite stehen, Frau Ministerin, aber auch sehr auf die Finger schauen, daß die Familien nicht wieder betrogen werden.

Betrogen werden sie mindestens, wenn ich mir Ihre Vorschläge zur Ökosteuer-Reform betrachte. Es ist unglaublich, daß die Familien eine Kindergelderhöhung in die eine Tasche bekommen, was ihnen mit der Ökosteuer-Reform aus der anderen Tasche wieder herausgezogen wird. Es ist vollkommen egal, welchen Bereich Sie nehmen, ob Sie Strom, Gas oder Heizöl nehmen, immer werden die Familien belastet.

Nehmen Sie das Benzin: Mit Sicherheit wird der Schulbus für die Familie teurer.

Die Bäckereien als energieintensive Betriebe – die werden sich ja Gedanken machen, und die Verteuerung dann auch auf das Brot umlegen.

Und Sie haben doch hoffentlich auch die Berechnungen, die Sie momentan in allen großen Tageszeitungen nachlesen können, einmal angestellt, bevor Sie an solche Reformvorhaben gehen, denn da wird Ihnen ja von den Wirtschaftswissenschaftlern vorgerechnet, daß die Kindergelderhöhung über die Ökosteuer aufgezehrt wird.

Und da muß ich Ihnen sagen, hier sollten Sie sich schon einmal vorher Gedanken machen.

Ich habe vier Jahre ein Ministerium geleitet, und dieses Ministerium für Familie und Senioren war das Ministerium, das den höchsten Frauenanteil gerade im höheren Dienst hatte. Und hier sind Sie nun auch gefragt, liebe Kolleginnen aus der SPD-Fraktion. Ich hätte mir schon ge-

Redebeitrag zum Bereich Familien-, Senioren-, Frauen- und Jugendpolitik

wünscht, daß Sie Ihrem Kanzler in das Redemanuskript etwas mehr über Frauenpolitik hineingeschrieben hätten.

Familienpolitik heißt auch für uns, daß wir die Familien in die Lage versetzen, mit Preisstabilität tatsächlich etwas für ihr Geld zu haben. Wir haben jetzt eine Inflationsrate von 0,7 %. Die Familien behalten das in der Tasche, was sie tatsächlich erarbeiten. Und auch hier werden wir darauf achten, daß das in Zukunft so bleibt.

Und noch einige Punkte, Frau Kollegin, die mir sehr am Herzen liegen. Weil ich Äußerungen bisher immer nur in Interviews in der Presse gelesen habe, will ich doch noch einige Anmerkungen zum Stellenwert der Familie machen. Weil es sein mag – ich habe Sie persönlich dazu noch nicht gehört –, daß Sie vielleicht verkehrt zitiert worden sind, will ich Ihnen unsere Position zum Stellenwert der Familie in der Gesellschaft deutlich sagen: Die Familien bleiben für uns die wichtigste Einheit in unserer Gesellschaft; denn sie vermitteln die Werte und Verhaltensweisen, ohne die eine freie und solidarische Gesellschaft nicht möglich ist. Und dazu haben wir über 16 Jahre die Grundlagen gelegt, und hierzu haben wir auch über 16 Jahre gestanden. ■

Autofahrer werden kräftig zur Kasse gebeten

SPD und Die Grünen haben im Rahmen ihrer Koalitionsverhandlungen beschlossen, für 1999 in einem ersten Schritt sowohl die Mineralölsteuer als auch die Steuern auf Heizöl und Gas zu erhöhen. Der Benzinpreis soll dabei zunächst um 6 Pfennig pro Liter erhöht werden. Der

nachfolgenden Tabelle läßt sich entnehmen, was dies an Mehrbelastungen für den Autofahrer bedeutet.

Gerade Bürger mit kleineren und mittleren Einkommen und Pendler aus dem ländlichen Raum sind von dieser Benzinpreisverteuerung besonders betroffen. Macht

Mehrausgaben durch die Benzinpreiserhöhung in DM

Verbrauch in l/100 km

km pro Jahr	6	7	8	9	10	11	12
5000	20,88	24,36	27,84	31,32	34,80	38,28	41,76
6000	25,06	29,23	33,41	37,58	37,58	45,94	50,11
7000	29,23	34,10	38,98	43,85	43,85	53,59	58,46
8000	33,41	38,98	44,54	50,11	50,11	61,25	66,82
9000	37,58	43,85	50,11	56,38	56,38	68,90	75,17
10000	41,76	48,72	55,68	62,64	69,60	76,56	83,52
11000	45,94	53,59	61,25	68,90	76,56	84,22	91,87
12000	50,11	58,46	66,82	75,17	83,52	91,87	100,22
13000	54,29	63,34	72,38	81,43	90,48	99,53	108,58
14000	58,46	68,21	77,95	87,70	97,44	107,18	116,93
15000	62,64	73,08	83,52	93,96	104,40	114,84	125,28
16000	66,82	77,95	89,09	100,22	111,36	122,50	133,63
17000	70,99	82,82	94,66	106,49	118,32	130,15	141,98
18000	75,17	87,70	100,22	112,75	125,28	137,81	150,34
19000	79,34	92,57	105,79	119,02	132,24	145,46	158,69
20000	83,52	97,44	111,36	125,28	139,20	153,12	167,04
21000	87,70	102,31	116,93	131,54	146,16	160,78	175,39
22000	91,87	107,18	122,50	137,81	153,12	168,43	183,74
23000	96,05	112,06	128,06	144,07	160,08	176,09	192,10
24000	100,22	116,93	133,63	150,34	167,04	183,74	200,45
25000	104,40	121,80	139,20	156,60	174,00	191,40	208,80

einschließlich Mehrwertsteuer

Rot-Grün ihre Ankündigung wahr, den Benzinpreis in den nächsten Jahren weiter drastisch zu erhöhen, so steht zu befürchten, daß gerade sozial Schwächere – wie Rentner, Arbeitslose oder Studenten – sich das Autofahren bald nicht mehr werden leisten können. Autofahren wird dann zum Luxus. Dagegen wird sich die CDU konsequent zur Wehr setzen!

Es ist schon höchst abenteuerlich: Stets war im Wahlkampf von der SPD zu hören, es müsse sozial gerechter zugehen, und nun erhöhen sie mit der Mineralölsteuer eine Steuer, die erwiesenermaßen die unteren Einkommensgruppen stärker belastet als die einkommensstärkeren Haushalte. Vor der Wahl versprach Rot-Grün noch, die im Gegenzug zu der Erhöhung des Benzinpreises die Kfz-Steuer ganz abzuschaffen. Auch davon ist nun keine Rede mehr.

Rot-grüne-Pläne schaden der Wirtschaft und vernichten Arbeitsplätze

Die Autofahrer gehören somit klar zu den Verlierern der rot-grünen Regierung. Aber nicht nur der Privatverkehr wird stärker belastet, auch der Güterverkehr und damit die Wirtschaft sind davon betroffen. Auch wenn die Belastung durch die Mineralölsteuererhöhung zunächst relativ gering erscheint, muß doch die erhebliche Dynamik beachtet werden, die in dem gesamten rot-grünen Ökosteuernkonzept steckt. Die Unternehmen orientieren sich bei ihren Entscheidungen nämlich an den mittel- und langfristigen Belastungen, die sie zu erwarten haben. Es ist daher davon auszugehen, daß die Unternehmen ihre Investitionspläne reduzieren werden. Dies bedeutet, es werden Arbeitsplätze vernichtet!

Das Ökosteuernkonzept von Rot-Grün ist zum Scheitern verurteilt

Nun argumentiert Rot-Grün, in gleichem Maße, wie Arbeitnehmer und Arbeitgeber

mit höheren Energiesteuern belastet werden, würden sie auch entlastet, da die Einnahmen aus der Ökosteuern zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge eingesetzt würden. Dies würde die Lohnnebenkosten vermindern und Arbeitsplätze schaffen. Dies klingt auf den ersten Blick nicht schlecht. Diese Überlegung hat aber einen entscheidenden Haken: Würde nämlich das eintreten, was vor allem nach Ansicht der Grünen Sinn und Zweck der höheren Mineralölsteuer sein soll, nämlich die Rückführung des Benzinverbrauchs, würde sich automatisch ein gewaltiges Finanzierungsloch öffnen. Der Spielraum zur versprochenen Senkung der Lohnnebenkosten ließe sich dann nur erhalten, wenn weiter an der Steuerschraube gedreht wird. Dann würden selbst 5 DM nicht mehr ausreichen. Ansonsten bliebe Rot-Grün nur noch – was angesichts der Diskussion um Tempolimits nur noch als Ironie des Schicksals bezeichnet werden kann –, sich öffentlich zu dem Motto zu bekennen: Rasen für die Rente! Nicht weniger, sondern mehr Benzinverbrauch müßte dann also im Interesse von Rot-Grün liegen. Allein an diesen wenigen Argumenten erkennt man, wie wenig durchdacht das Konzept von Rot-Grün ist.

Damit hören die Ungereimtheiten aber noch längst nicht auf. Die Erhöhung der Mineralölsteuer um sechs Pfennig pro Liter Benzin und die Verschärfung bei Gas und Heizöl bringt nur rund 6,5 Milliarden DM, wenn der Eigenverbrauch des Staates und die weiteren Ausgabeversprechungen von Rot-Grün bei den Sozialversicherungen einbezogen werden. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge um einen Prozentpunkt rund 15 Milliarden DM kostet, fragt man sich vor diesem Hintergrund, wie Rot-Grün die Senkung der Lohnnebenkosten um 0,8 Prozentpunkte eigentlich finanzieren will. Im übrigen ist der arbeitsplatzschaffende Effekt einer

Der Wegfall der sozialversicherungsfreien 620-DM-Jobs gefährdet die Arbeit der Sportvereine

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, erklärte zu den beabsichtigten Änderungen bei den sozialversicherungsfreien 620-DM-Jobs:

Dem Sport willfährig das Wort reden oder durch praxisorientierte Unterstützung dem Sport zu helfen, sind zweierlei Dinge. SPD und Bündnis 90/Die Grünen verkünden, die Rahmenbedingungen des Sports verbessern zu wollen, entziehen aber gleichzeitig mit dem Wegfall der sozialversicherungsfreien 620-DM-Jobs den Vereinen eine wichtige existenzielle Grundlage. Dies ist in der Sprache des Sports unfair, unterdrückt Eigenverantwortung und Initiativen von Menschen, die sich für ein geringes Entgelt für gemeinschaftliche Belange einsetzen. Diese Maßnahme bürdet den Sportvereinen nicht zu verkraftende Lasten auf, sie zwingt

entweder zur Aufgabe gemeinschaftlicher Tätigkeiten oder drängt Menschen in illegale Tätigkeit ab.

Bevormundung, Reglementierung und kräftiges Abkassieren heißt die Devise der neuen Bundesregierung. Mit dieser Maßnahme schadet die Bundesregierung der bisherigen partnerschaftlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit im Sport.

Die Bundesregierung wird genaue Zahlen nennen müssen, wie viele Tätigkeiten davon im Sport betroffen sind, welche finanziellen Mehrausgaben auf die Vereine zukommen und wie diese ausgeglichen werden sollen.

SPD/Bündnis 90/Die Grünen sprechen ständig von Vertrauen in die Kraft unserer Bürger. Mißtrauen aber ist die Richtschnur ihres politischen Handelns.

derartig geringen Senkung stark in Zweifel zu ziehen, da sich diese Entlastung zur Hälfte auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber verteilt. Eine Verringerung der Lohnnebenkosten um 0,4 Prozentpunkte verbilligt aber die Arbeitsstunde gerade einmal um 10 Pfennig. Ob Unternehmer, die angesichts der rot-grünen Steuerpläne mit enormen finanziellen Mehrbelastungen zu rechnen haben, hierdurch ermuntert werden, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, ist mehr als unwahrscheinlich.

Grüner Ansporn und rot-grüne Wirklichkeit liegen meilenweit auseinander

Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, sich vor Augen zu führen, wie weit An-

spruch und Wirklichkeit bei Rot-Grün auseinander liegen. Rot-Grün hat vor der Wahl keine Gelegenheit ausgelassen, um darauf hinzuweisen, der Benzinpreis müsse zur Wiederherstellung der Kostenwahrheit im Verkehr drastisch erhöht werden. In der Diskussion waren Benzinpreise von 4,20 DM bis 5 DM pro Liter Benzin, je nach Gutachten. Was ist aus diesen vollmundigen Ankündigungen letztendlich übriggeblieben? Eine Benzinpreiserhöhung um 6 Pfennig pro Liter. Nicht, daß dies nicht schlimm genug wäre. Aber es macht deutlich, daß die Grünen in den Koalitionsverhandlungen auf das reduziert wurden, was sie nach Ansicht der SPD in Zukunft darstellen sollen, nämlich ein Bettvorleger der SPD.

Hans-Peter Repnik

Rot-Grün läßt nichts Gutes erwarten

Der Start der neuen rot-grünen Bundesregierung hätte schlechter kaum ausfallen können.

Die Koalitionsvereinbarungen wurden schlampig und mit heißer Nadel gestrickt - kaum vorgestellt, mußte schon nachgeflickt werden. Ein „Vorzeigestück“ des SPD-Wahlkampfes - Wunsch-Wirtschaftsminister Stollmann - wurde bereits wenige Tage nach dem 27. September so demontiert, daß er schließlich freiwillig die Brocken hinwarf. Der SPD-Parteichef und Finanzminister nahm - quasi als erste Amtshandlung - die Unabhängigkeit der Bundesbank ins Visier.

Enttäuschend schwach

Der Gesetzentwurf einer Ökosteuerreform, der eigentlich dem Bundestag vorgelegt werden sollte, wurde kurzfristig wieder zurückgezogen. Und schließlich war auch die Regierungserklärung des Bundeskanzlers, der sich in den vergangenen Wochen bei allen entscheidenden wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen unsichtbar machte, enttäuschend schwach.

Dabei ist die Ausgangslage, die die neue Regierung vorgefunden hat, denkbar gut, um die Weichen für weniger Abgaben und Steuerbelastungen, mehr unternehmerisches Engagement und damit neue und langfristig sichere Arbeitsplätze stellen zu können. Die Steuereinnahmen sind im Jahre 1998 deutlich stärker gestiegen, die Ausgaben dagegen weniger, als noch im Bundeshaushalt 1998 vorgesehen. Die Preise sind stabil, die Zinsen sind historisch niedrig, wir haben ein gesundes Wirtschaftswachstum, die Staatsfinanzen

sind solide und vor allem: die Arbeitslosigkeit sinkt, in einem Jahr immerhin um 400.000. Dies ist die Abschlußbilanz der unionsgeführten Koalition. Sie wird künftig die Meßlatte sein, an der sich Rot-Grün wird prüfen lassen müssen.

Das politische Koordinatensystem, das Rot-Grün in diesen ersten Wochen vorgelegt hat und nachdem Deutschland künftig regiert werden soll, stimmt allerdings bedenklich. Wer die - zugegebenermaßen manchmal schmerzlichen - Reformen der vergangenen Jahre zurückdreht, wer eine Steuerreform anstrebt, die nicht zuletzt den Mittelstand und damit den Motor zur Schaffung von Arbeitsplätzen belastet, wer kleinmütig lediglich umschichten will, statt alle Bürger tatsächlich spürbar zu entlasten, der wird die drängenden Probleme in Deutschland wohl kaum in den Griff bekommen.

Unsere Politik trägt Früchte

Die sozialdemokratischen Rezepturen aus den 70er Jahren sind auf jeden Fall ungeeignet, um unsere sozialen Sicherungssysteme zu reformieren, die Abgabenlast der Bürger zu senken oder jungen Unternehmen gute Zukunftschancen zu eröffnen.

Unsere Politik der vergangenen vier Jahre trägt Früchte, wie die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt beweist. Rot-Grün wäre gut beraten, auf diesem Weg weiterzugehen. Die politischen Absichtserklärungen der neuen Regierung, wie sie in der Koalitionsvereinbarung nachzulesen sind und wie sie in der Plenardebatte dieser Woche vorgetragen wurden, lassen allerdings nichts Gutes erwarten. ■

Hermann Kues:

Wer bezahlt, was Rot-Grün den Wählern versprochen hat?

Ich wünsche Ihnen, Herr Bundesarbeitsminister, eine glückliche Hand im Interesse der Sache und im Interesse der Menschen. Eine glückliche Hand werden Sie auch brauchen wenn ich richtig bedenke, was Sie bisher vorgelegt und was Sie heute hier vorgestellt haben.

Eine glückliche Hand genügt aber nicht. Ich sage Ihnen offen: Ihre Rede war schwach. Ich sage Ihnen auch weshalb. Sie war deswegen schwach, weil sie sich entweder um klare Aussagen herumdrückte oder weil sie da, wo Sie konkret wurden, gezielt in die falsche Richtung laufen. Wer an einer wichtigen Weggabelung in die falsche Richtung läuft, ist auf dem Holzweg.

Abbau von Arbeitslosigkeit ist die Meßlatte

Dabei ist das Ziel doch klar: Sie selbst haben die Meßlatte vorgegeben: Abbau von Arbeitslosigkeit. Und alle Maßnahmen, die Sie ergreifen, alle Schritte, die Sie einleiten, darf man in erster Linie nicht danach bewerten, ob sie sich gut anhören, nein, man muß sie danach bewerten, ob sie dem Ziel, mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen, dienen, ob sie aus der Sicht derjenigen gedacht sind, die außen vor sind.

Das hört sich jetzt zunächst gut an, wenn Sie sagen, die Rentner können ab 60 in Rente gehen, ihre Altersbezüge steigen kräftig, finanzielle Abstriche gibt es nicht, es werden Arbeitsplätze freigemacht für

Jugendliche. Nur: Wer bezahlt diese Versprechen?

Die Rede ist von Tariffonds. Notwendig sind jährlich mindestens zweistellige Milliardenbeträge, belastet werden die aktiven Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Arbeitgeber. Das heißt also: Mögliche Lohnerhöhungen fallen für den Arbeitnehmer gering aus. Während sich

Aus der Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung

Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch freuen können über die jetzt angekündigte Entlastung des Rentenversicherungsbeitrags um 0,8 %, werden sie dann aber plötzlich feststellen: Lohnerhöhungen, auf die sie zugunsten des Tariffonds verzichten, kommen sie im Zweifelsfall viel teurer zu stehen.

Was wird eigentlich der 28jährige Facharbeiter sagen, wenn Sie ihm die ganze Wahrheit sagen, denn nicht, daß er einerseits allein zur Finanzierung zusätzlicher Alterslasten beitragen muß, und deswegen auf mögliche Lohnerhöhungen durch Einzahlung in den Tariffonds zu verzichten hat, daß er dann auch noch, wenn er denn zwei Kinder hat, etwas mehr Kindergeld bekommt, ihm dieses aber über höhere Energiekosten wieder abgenommen wird?

Grobe Ungerechtigkeit im Verteilen der Lasten

Das, was Sie vorhaben, ist eine grobe Ungerechtigkeit im Verteilen der Lasten zwischen den Generationen. Denn eines wird selbst die rot-grüne Koalition nicht verhindern können, daß sich der Altersaufbau der Bevölkerung zu Ungunsten der jungen Generation verschieben wird. Sie werden der Tatsache Rechnung tragen müssen, daß die Renten für immer mehr Alte von immer weniger Jungen erwirtschaftet werden müssen. Auch Sie werden an den Herausforderungen des demographischen Wandels nicht vorbeikommen.

Wir haben gesagt: die Belastung, die durch die Verschiebung des Bevölkerungsaufbaus und eine steigende Lebenserwartung und durch die damit verbundene längere Bezugsdauer der Renten hervorgerufen werden, dürfen nicht ausschließlich den Beitragszahlern aufgebürdet werden, nein, sie müssen gleichmäßig auf Rentner und Beitragszahler aufgeteilt werden.

Sie schieben grundlegende Entscheidungen über die Modernisierung des Alterssicherungssystems vor sich her, obwohl längst alle Zahlen auf dem Tisch liegen, alle Berechnungen angestellt und alle Modelle quer durch alle Parteien ausdiskutiert worden sind. Ihnen fehlt schlicht der Mut zur Entscheidung, und Sie verweigern sich der Langzeitverantwortung, der Verantwortung für eine nachhaltige Stabilisierung der Alterssicherung. Sie lassen die Jüngeren darüber im unklaren, wie die Alterssicherung der Zukunft aussehen wird. Es wird dadurch nicht einfacher, es wird schwerer.

Der Hinweis darauf, dieses oder jenes müsse dann eben steuerfinanziert werden, greift nicht. Jede vierte Mark des Bundeshaushaltes fließt bereits in die Rentenversicherung. Und Sie können lange versicherungsfremde Leistungen hin und her definieren: Durch die 15-Milliarden-

Mehrwertsteuererhöhung, die wir gemeinsam beschlossen haben, wird ab 1999, bedingt durch den Wegfall anderer Lasten, nicht mehr von versicherungsfremden Leistungen die Rede sein können.

Rot-Grün sucht Geld für die Sozialkassen

Soziale Leistungen haben immer auch eine finanzielle Seite. Das konnten Sie vielleicht im Wahlkampf vertuschen, wenn es jetzt konkret wird, geht dieses nicht mehr. Die Art und Weise, wie Sie an die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse herangehen, legt auch den Verdacht nahe, daß

Redebeitrag zum Bereich Arbeit, Soziales, Gesundheit

es Ihnen hier nicht um das Zurückdrängen dieser Arbeitsverhältnisse geht, sondern daß Sie offensichtlich Geld für die Sozialkassen suchen, das Sie anderweitig leichtfertig ausgeben.

Es ist ein absolutes Novum, daß Versicherungsbeiträge erhoben werden, hinter denen keine Leistung steht. Am besten paßt dafür ein Wort: Sie wollen abkassieren. In der Rentenversicherung werden mit Minibeiträgen volle Ansprüche erzeugt, gleichzeitig aber nur minimale Rentenansprüche aufgebaut.

Das Aussetzen des demographischen Faktors in der Rentenformel und die damit verbundene Rücknahme der Rentenreform hat der haushaltspolitische Sprecher der Grünen, Oswald Metzger, laut Tagesspiegel vom 9. Oktober als „Unfug“ bezeichnet. Die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute warnen in ihrem Herbstgutachten davor, mit der Rücknahme der Rentenreform die gesamte Anpassungslast der jüngeren Generation aufzubürden:

„Je länger hier eine Reform hinausgeschoben wird, um so schwieriger wird diese,

um so weniger können sich vor allem die Jüngeren auf die notwendigen Anpassungen einstellen.“

Der Darmstädter Finanzwissenschaftler Bert Rürup, selbst SPD-Mitglied, warnt nach einem Bericht der FAZ vom 14. Oktober davor, die demographische Komponente in der Rentenversicherung wieder abzuschaffen. Nach Ansicht Rürups ist das von der SPD stark in den Vordergrund gespielte Problem „Fehlfinanzierung versicherungsfremder Leistungen“ inzwischen gelöst. Durch die Erhöhung des Bundeszuschusses falle es ihm schwer, noch beitragsfinanzierte Fremdleistungen in relevantem Umfang zu entdecken.

Kleinstverdiener bezahlen Zuzahlungsabsenkung

Noch unsozialer wird es beim Krankenversicherungsbeitrag. Die Kleinstverdiener bezahlen die Zuzahlungsabsenkung derjenigen, die die Eigenbeteiligung problemlos verkraften könnten. Die einkommensschwachen Haushalte sind ohnehin von der Zuzahlung befreit. Von einer Verteilungsgerechtigkeit kann unter diesen Bedingungen keine Rede sein.

Das Entscheidende aber ist doch: es wird überhaupt nicht mehr gefragt, sind diese wohlklingenden Maßnahmen nun hilfreich für eine weitere Belebung der Wirtschaft, für die Sicherung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen? Wir haben Gott sei Dank auch im Oktober einen beachtlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Zum zweiten Mal in diesem Jahr wurde die psychologisch wichtige Marke von 4 Millionen unterschritten. Mit 3,892 Millionen Arbeitslosen Ende Oktober ist die Arbeitslosenzahl auf den niedrigsten Stand seit zwei Jahren gefallen. Gegenüber Oktober 1997 liegt sie um 400.000 Personen niedriger. Wenn man sich die Zahl der Erwerbstätigen ansieht, ist das Ergebnis noch interessanter.

Der konjunkturelle Aufschwung hat endlich auf dem Spätindikator Arbeitsmarkt kräftige Spuren hinterlassen. Es bestreitet niemand, daß es strukturelle Verbesserungen unserer Volkswirtschaft für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen gibt. Dafür gibt es Ursachen.

Die Ursachen liegen darin, daß die bisherige Bundesregierung den Mut gehabt hat, eine Fülle auch unpopulärer Maßnahmen zu ergreifen, um den Arbeitsmarkt nachhaltig zu regeln, und daß sie Schritte eingeleitet hat, um die sozialen Sicherungssysteme zukunftssicher zu machen. Daß sie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes Schritt für Schritt entwickelt hat, und zwar aus einem einzigen Grunde: um Beiträge zu leisten zum Abbau der größten Ungerechtigkeit, daß nämlich Menschen keine Teilhabe gewährt wird am Wirtschafts- und Arbeitsprozeß.

Wenn Sie nun versuchen, das Rad zurückzudrehen, um zwei, drei besonders werbewirksame Wahlversprechen einzuhalten, dann ist dieses nicht nur im hohen Maße unsozial, es ist ungerecht und geht auf die Knochen derjenigen, die keine Arbeit haben und außen vor sind.

Die sechs führenden Wirtschaftsinstitute gehen im Herbstgutachten davon aus, daß unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1999 weiter um mehr als 200.000 zurückgehen wird. Auch die Zahl der Erwerbstätigen steigt. Sie lag mit 34 Millionen erstmals seit der Wiedervereinigung nennenswert über dem Stand des Vorjahres. Dies alles zeigt: Der Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt ist erreicht.

Beispiel Niederlande

Wenn Sie mutig wären, Herr Arbeits- und Sozialminister, dann würden Sie sich tatsächlich ein Beispiel an den Niederlanden nehmen, wo Anfang der 80er Jahre

ein Bündnis für Arbeit zwischen der Regierung und den Tarifparteien geschmiedet wurde. Ein solches Bündnis kann seine positiven Wirkungen für den Arbeitsmarkt nur dann entfalten, wenn alles auf den Tisch kommt, was zu mehr Beschäftigung führen kann. Zum holländischen Modell gehören:

- verantwortungsvolle Lohnabschlüsse
- Sparbemühungen der öffentlichen Haushalte
- Veränderungen im sozialen Sicherungsnetz
- weitgehende Deregulierung und insbesondere eine drastische Senkung der Steuer- und Abgabenlast.

Und selbst hier hat es 15 Jahre gedauert, bis eine solche Politik Früchte trägt.

An einer Gruppe aber droht eine Trendwende vorbeizugehen: das sind die Langzeitarbeitslosen! Ihre Zahl verharrt auf einem hohen Sockel. Welchen Stellenwert Rot-Grün diesem Problem beimißt, hat der neue Arbeitsminister am 6. November in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung deutlich gemacht. Herr Riester, Sie haben dort die Katze aus dem Sack gelassen. Sie haben auf die Frage „Was wollen Sie mit denen machen, die nicht qualifizierbar sind?“ geantwortet:

„Ich konzentriere mich lieber auf die vielen Menschen, die man qualifizieren kann, als auf die wenigen, bei denen alle Bemühungen fruchtlos bleiben.“

Unsozialer kann man diese Menschen nun wirklich nicht fallen lassen. Und Sie haben dies gerechtfertigt mit den Worten:

„Aber gut. Wie viele werden es sein? Vielleicht 5 % der Erwerbsbevölkerung.“

Herr Riester, wissen Sie eigentlich, wieviel Einzelschicksale diese 5 % sind, die sie mit solchen Worten locker ins Abseits schieben? Das sind Hunderttausende!

Auch der Parlamentarische Staatssekretär Gerd Andres leugnete in der NOZ vom 30. Oktober, daß es nennenswerte Beschäftigungsmöglichkeiten im Niedriglohnbereich gebe. Davon, daß derjenige vom Staat etwas dazu bekommt, der am Markt ein Einkommen nicht erwirtschaften kann, von dem er und seine Familie leben können, vom Kombilohn also oder ähnlichen Instrumenten hält er gleich gar nichts. Als ob jeder Mensch nur eine Verfügungsmasse wäre, die man nur richtig hinbiegen muß.

Dazu paßt Ihre Aussage in der NOZ: „Ich halte es für wichtig, in diesem Zusammenhang nicht zuerst an die Schwachqualifizierten zu denken, sondern an die Arbeit selbst.“

Ich mache mir um die Starken keine allzu großen Sorgen. Deren Arbeitslosigkeit geht zumeist in überschaubaren Zeiträumen zu Ende. Dem Langzeitarbeitslosen fehlt es meistens auch nicht an der materiellen Ausstattung. Es ist bei Langzeitarbeitslosen vor allem zu wenig, ihnen lediglich Geld zu geben. Das ist typisch für den Wohlfahrtsstaat. Arbeitslose, die lediglich staatliche Transferzahlungen erhalten, werden entmutigt und allein gelassen. Auch sie haben Anspruch auf Teilhabe und auf eine Lebensperspektive.

Beteiligungsgerechtigkeit verwirklichen

In diesem Sinne geht es um die Verwirklichung von Beteiligungsgerechtigkeit, die sich von der Würde des Menschen herleitet, und die oberste Priorität bei Veränderungen haben muß. Ich habe nie eingesehen, daß ein durchschnittlicher Arbeitslosenhilfebezieher mit 27 Jahren 1.250 DM an Arbeitslosenhilfe erhält, der Staat u. a. durch Einzahlung in die Rentenversicherung für ihn 1.850 DM aufwendet, daß man hier nur Geld zahlt, anstatt Arbeit zu organisieren.

Wer etwas erhält, der muß auch die Chance zur Gegenleistung bekommen, damit er seine Fähigkeiten einbringen kann. Es muß doch folgende einfache Regel gelten: Das Beste ist ein Arbeitsplatz auf dem ersten Markt, wer diesen nicht findet, für den tritt nach den Regeln einer Versicherung die Arbeitslosenversicherung mit Hilfe von Arbeitslosengeld ein.

Derjenige, bei dem eins und zwei nicht zutrifft, der erhält auch eine Hilfe, der wird nicht fallengelassen, aber da, wo es irgend geht, wird ihm auch die Chance einer Gegenleistung gegeben, in dem wir Arbeit für ihn organisieren.

Dieses funktioniert allerdings nur, wenn wir das, was die bisherige Regierung begonnen hat, konsequent weiter fortsetzen, eine Korrektur der Arbeitsmarktpolitik hin zu einer Dezentralisierung, hin zu einer stärkeren Einbeziehung auch der Kommunen.

Regionaler Maßanzug statt kollektiver Einheitslösung

Wir brauchen den regionalen Maßanzug an Stelle der kollektiven Einheitslösung. Die Fantasie der Region verspricht nach meiner festen Überzeugung eine ungleich höhere Wirksamkeit als der 25seitige Erlaß irgend einer Zentrale. Alle müssen eine Chance bekommen, daß sie ihre Arbeitskraft, ihre Fähigkeiten einbringen können.

Die Wirklichkeit unseres Sozialstaates ist von Widersprüchen gekennzeichnet. In diesem Sozialstaat ist so viel Geld wie nie zuvor für soziale Absicherung und Ausgleich ausgegeben worden. Trotzdem wird aber noch nie so laut über zwischenmenschliche Kälte geklagt, noch nie lebten so viele einsame psychisch kranke, verhaltensgestörte Kinder unter uns, deren Zahl weiter steigt.

Es geht im sozialen Bereich weniger um die Quantität, sondern im Kern um die Qualität unserer Zusammenlebens.

Die Grundlagen dafür müssen erneuert und weiterentwickelt werden. Dazu gehört auch, daß man offen darüber redet, welches sind große Risiken, die von der Solidargemeinschaft getragen werden müssen, und welches sind kleine Risiken, für die der einzelne allein Verantwortung übernehmen kann.

Große Risiken, dazu zählen für mich individuelle Benachteiligungen und Lebensrisiken wie Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Unfälle und Arbeitslosigkeit. Diese großen Risiken müssen gerade in einer Zeit, in der die Menschen dramatischen Veränderungen und Umbruchsituationen ausgesetzt sind, in der von ihnen eine hohe Flexibilität und Mobilität erwartet wird, langfristig verlässlich gesichert werden. Und zwar nach einer einfachen Regel: Wer eingezahlt hat, bekommt dann, wenn der Versicherungsfall eintritt, auch entsprechend Leistungen.

Die Systeme sind staatsfern organisiert. Das ist etwas ganz anderes, als der Bundesfinanzminister mit seinen Überlegungen zur Umkrepelung der Sozialversicherungssysteme auf Bedürftigkeit offenkundig anstrebt.

Sozialstaat soll mehr als nur Fürsorgestaat sein, auch deswegen, weil wir den selbständigen Menschen wollen, der durch seine Leistung eigene Ansprüche erwirbt und der auch bereit ist, kleine Risiken selbst zu tragen.

Falsche Signale im Gesundheitsbereich

Das was man von Ihnen bislang im Gesundheitsbereich wahrgenommen hat, das sind genau die falschen Signale und falschen Anreize. Wer aus dem Sozialversicherungssystem systematisch Elemente der Eigenverantwortung ausblendet, läuft nach meiner festen Überzeugung in die Irre.

Wir müssen durch die Art und Weise, wie wir unsere sozialen Sicherungssysteme ausgestalten, den begünstigen, der Eigenverant-

Steuereinnahmen lassen Platz für deutliche Senkung der Steuersätze

Zu der am 12. November veröffentlichten Steuerschätzung erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz:

Die jüngste Steuerschätzung belegt die Tendenz eines steigenden Steueraufkommens. Für 1998 ist mit Mehreinnahmen von 7,8 Mrd. DM zu rechnen. Die für 1999 erwarteten Mindereinnahmen von 1,4 Mrd. DM fallen wesentlich geringer aus, als die Korrektur der BIP-Prognose erwarten läßt. Trotz dieser Korrekturen wachsen die Gesamteinnahmen in 1999 auf 866,4 Mrd. DM und liegen damit um über 38 Mrd. DM über den Zahlen von 1998 (828,1 Mrd. DM).

Gerade im Bereich der direkten Steuern zeichnet sich eine hohe Wachstumsdynamik ab. Hier sind stärkere Entlastungen als bisher von Rot-Grün geplant

nötig und möglich. Wir brauchen eine deutliche Senkung der Steuertarife im Einkommen- und Körperschaftsteuerbereich. Der geplante Umverteilungstarif ist weder wachstumsorientiert noch arbeitsplatzschaffend. Spielräume für eine durchgreifende Nettoentlastung sind vorhanden und werden durch die Steuerschätzung bestätigt.

Unsere gute Abschlußbilanz wird von Rot-Grün schlechtgeredet. Ziel der Übung: SPD und Bündnis 90/Die Grünen entwerfen ein falsches Bild der heutigen Situation, um von ihrer eigenen Unfähigkeit abzulenken. Die herbeibeschworenen Haushaltslöcher existieren nicht. Gefragt sind jetzt Ehrlichkeit und Mut für durchgreifende Reformen. Lasche Aussagen, Steckenbleiben, Zurückrudern, Nachbessern – mehr war bislang nicht zu sehen oder zu hören von Rot-Grün.

wortung für sich und andere wahrnimmt. Wir müssen durch Strukturen und Anreizsysteme sicherstellen, daß soziale Leistungen zur Übernahme von Eigenverantwortung befähigen und diese auch belohnen. Nur auf dieser Grundlage kann wirkliche Solidarität wachsen, d. h. Bereitschaft, sich auch um andere zu kümmern, ohne zugleich nach dem Staat oder Gesellschaft zu rufen.

Wir dürfen Verantwortung nicht weiter auf den Staat delegieren, weil wir damit den Sozialstaat hoffnungslos überfordern.

Wenn die Kraft der Wirtschaft verlorengeht, helfen noch so viele soziale Rechte und Ansprüche nicht weiter. Beredtes Beispiel hat dafür die ehemalige DDR geliefert. Vor diesem Hintergrund laufen Sie in

Mecklenburg-Vorpommern durch die Koalition mit der PDS in eine völlig falsche Richtung. Sie setzen auf ein Bündnis mit denjenigen, die keinen Zweifel daran lassen, daß sie im Prinzip ein anderes System wollen, das große Hoffnungen auf staatlichen Dirigismus setzt. Ein Stück Sozialismus à la SED soll mit der Einrichtung eines sog. „staatlichen Beschäftigungssektors“ in Mecklenburg-Vorpommern bereits Wirklichkeit werden.

Sie werden scheitern, wenn Sie nicht den Mut haben, Veränderungen vorzunehmen, die nicht bei jedem und überall gleich auf Begeisterung stoßen. Sie können dies nicht finanzieren, und die Gesellschaft wird davon nicht menschlicher. ■

Volle Rente ab 60 – Münchenhausen läßt grüßen

In den vergangenen Wochen wurden mehrfach – unter anderem von IG-Metall-Chef Klaus Zwickel, dem DGB-Vorsitzendem Dieter Schulte und Bundesarbeitsminister Walter Riester – Vorschläge für eine volle Rente mit 60 Jahren ohne Abschläge gemacht. Inzwischen hat sich auch Bundeskanzler Gerhard Schröder in diesem Sinne geäußert.

In der gesetzlichen Rentenversicherung gilt grundsätzlich: Wer vor Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand tritt, muß Abschläge in Höhe von 0,3 Prozent je Monat des vorzeitigen Renteneintritts hinnehmen. Dies entspricht dem versicherungsmathematischen Ausgleich für die längere Rentenbezugszeit, die sich aus dem früheren Renteneintritt ergibt. Bei dem Modell der vollen Rente ab 60 Jahre sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einen Tariffonds einzahlen, mit dem diese Abschläge ausgeglichen werden sollen. Darüber hinaus sollen die Einzahlungen steuerbefreit werden.

Die Idee erscheint verführerisch: Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen sich solidarisch die Kosten der vorzeitigen Rente, ältere Menschen können ihren Ruhestand früher genießen, junge Menschen können die freiwerdenden Arbeitsplätze besetzen. Dadurch sinken die Arbeitslosenzahlen und steigt die Zahl der Beitragszahler. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich dieser Vorschlag jedoch als Versuch, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen – Münchenhausen läßt grüßen:

● Die Arbeitnehmerzahlungen in den Tariffonds gehen zu Lasten der tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen. Die „Massen-

kaufkraft“, die laut Bundesfinanzminister Lafontaine gestärkt werden soll, wird durch Einzahlungen der Arbeitnehmer in den Tariffonds wieder geschwächt. Die Arbeitnehmer haben nicht mehr, sondern weniger in der Tasche.

● Die Gewerkschaften erhoffen sich von diesem sogenannten „Generationenpakt“ 1,5 Millionen weniger Arbeitslose. Tatsächlich ist der Vorschlag jedoch nur eine Luftbuchung: Arbeitsplätze entstehen dann, wenn die Kosten des Arbeitgebers für einen Arbeitsplatz sinken. Statt dessen soll die Arbeitgeberbelastung durch die Einzahlung in den Tariffonds erhöht werden. Sinkende gesetzliche Lohnnebenkosten werden mit steigenden betrieblichen Lohnnebenkosten teuer erkaufte. Die Folge ist Arbeitsplatzabbau.

● Für die Arbeitgeber ist es unerheblich, ob sich die Altersvorsorge der Arbeitnehmer in der Form eines Tariffonds oder in Form der bisherigen betrieblichen Altersvorsorge äußert. Es steht daher zu befürchten, daß die betriebliche Altersvorsorge gedrosselt wird, um Mehrkosten für den Tariffonds zu kompensieren.

● In der letzten Legislaturperiode wurde mit dem Dritten Vermögensbeteiligungsgesetz ein Einstieg in den Investivlohn erreicht. Da auch der Investivlohn aus Teilen der Lohnzuwächse geleistet werden soll, stehen Investivlohn und Tariffonds bei den Tarifverhandlungen in unmittelbarer Konkurrenz. Es ist zu befürchten, daß damit die Chance für eine breite Nutzung der Investivlohnregelung – und damit der Schaffung eines zusätzlichen Standbeins der Altersvorsorge für Arbeitnehmer – vertan wird. An die Stelle einer freien

Entscheidung des Arbeitnehmers, in welcher Form er Teile seines Lohnes für die Alterssicherung anlegt, tritt ein neues „Zwangskollektiv“.

● Derzeit gibt es etwa 2,9 Millionen Arbeitnehmer im Alter zwischen 60 und 65 Jahren. Laut DAG betragen die zusätzlichen Kosten für jeden Frührentner durchschnittlich 100.000 DM, die zusätzlich von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht werden müßten.

● Die Erfahrungen mit der Frühverrentung in den 80er und zu Beginn der 90er Jahre haben deutlich gezeigt: Wenn auf eine Verpflichtung der Arbeitgeber verzichtet wird, neue Arbeitskräfte einzustellen, wird ein großer Teil der Unternehmen den Tariffonds nutzen, um zu rationalisieren und ihren Personalbestand zu reduzieren. Auch ein Blick nach Italien macht deutlich, daß es keinen Automatismus zwischen frühem Renteneintrittsalter und Jugendarbeitslosigkeit gibt: Die Rentengrenze liegt bei 60 Jahren, die Jugendarbeitslosigkeit beträgt rund 33 Prozent. Vorzeitiger Renteneintritt ist kein Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern lediglich zur Erhöhung der Arbeitskosten.

● Es ist sehr wahrscheinlich, daß ein großer Teil der „Frührentner“ weiterhin dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen wird: als geringfügig Beschäftigter, als Selbständiger oder als Schwarzarbeiter. Auch dies zeigt: Die einfache Formel der Umverteilung der Arbeit von alt auf jung geht nicht auf.

Auf längere Sicht wird es eine Illusion bleiben

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat den Vorschlag bereits als „unbezahlbare Wundertüte“ entlarvt. Auch in der SPD regt sich erster Unmut. Der rheinland-pfälzische Arbeitsminister Florian Gerster hat bereits Zweifel an der Realisierbarkeit des Rentenvorschlages seiner Parteigenossen geäußert: „Auf längere Sicht wird es eine Illusion bleiben, mit 60 Jahren aus dem Arbeitsleben auszuschneiden und jahrzehntelang eine ungekürzte Rente zu beziehen.“ Es bleibt zu hoffen, daß auch die Arbeitnehmer erkennen, daß die volle Rente ab 60 eine nicht zu finanzierende Trümperei der SPD ist, die sie mit steigender Arbeitslosigkeit teuer bezahlen müssen.

Weniger Insolvenzen im August

Die Zahl der Insolvenzen ist im August gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat leicht zurückgegangen.

Damit stagniert die Zahl der Firmenzusammenbrüche nach Jahren des Anstiegs nun im wesentlichen schon seit Mai, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Noch keine Entwarnung gibt es allerdings für die neuen Länder und Berlin-Ost.

Insgesamt mußten im August 2.703 Unternehmen und Privatpersonen den Gang zum Konkursrichter antreten.

Das waren 2,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Davon entfielen 2.202 Insolvenzen auf Unternehmen, was einem Rückgang um 3,9 Prozent entspricht. In den neuen Ländern stieg die Zahl der Anträge auf Eröffnung eines Gesamtvollstreckungsverfahrens insgesamt um 15,3 Prozent auf 806, darunter bei Unternehmen um 14,1 Prozent auf 713. In den alten Ländern sank die Zahl der Insolvenzen um 8,4 Prozent auf 1.897, darunter bei Unternehmen um 10,6 Prozent auf 1.489.

Matthias Wissmann:

Die Bundesregierung startet unter günstigen Bedingungen

Der Bundeskanzler hat mit seiner Regierungserklärung hohe Anforderungen an die Phantasie der Mitglieder des Bundestages gestellt: Viel Konkretes zur Wirtschaftspolitik war ja nicht zu hören. Zusammengeführt hat die rot-grüne Koalition der Wille zur Macht. Jetzt sind Sie, Herr Bundeskanzler, in dem Dilemma, was Sie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik konzeptionell Richtiges mit der neugewonnenen Macht anfangen sollen.

Besonders deutlich wird dieses Dilemma auf dem Feld der Wirtschaftspolitik. Die Leitidee Ihrer Wirtschaftspolitik, Herr Bundeskanzler, müßte eigentlich sein, so zu tun, als wäre Bewegung in der Sache, aber im wesentlichen an der bewährten Wirtschaftspolitik der bisherigen Regierung so wenig wie möglich zu ändern. Denn gerade die Ergebnisse des letzten Jahres sind offensichtlich gut: 0,7 Prozent Preissteigerungsrate – das ist eine Preisstabilität wie selten zuvor –, im Vergleich zum Vorjahr 400.000 Arbeitslose weniger – selten hatten wir einen so starken Rückgang der Arbeitslosigkeit in nur einem Jahr – und 2,5 bis 3 Prozent reales Wirtschaftswachstum: Die SPD hätte dies in den 70er Jahren als Boom gefeiert.

Eigentlich sollte die Regierung täglich dankbar sein, daß sie unter so günstigen Bedingungen starten kann. Doch statt einfach und pragmatisch zu regieren, beginnen Sie unter der Federführung Oskar Lafontaines, Ladenhüter aus den 70er Jahren in den Mittelpunkt Ihrer Politik zu stellen: Staatsdirigismus und Umverteilung.

Schon tauchen wieder die alten Theorien auf, die in unserem Land in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre große wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten bereitet haben. Die verlockende Vorstellung, es müsse nur mehr Geld unter Volk kommen, und dann würden sich die Probleme des Arbeitsmarkts von selbst lösen, hat sich aber auch schon in der Vergangenheit als die Münchhausengeschichte der modernen Wirtschaftspolitik erwiesen.

Überlegungen, verstaubte Ideen aus der Ideenkiste von Lord Keynes wiederzubeleben, sind nicht nur Gegenstand von ge-

Aus der Rede des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU, Matthias Wissmann, in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung

lehrigen Aufsätzen und von Talk-Show-Runden der Familie Lafontaine, sondern sie sind bedauerlicherweise inzwischen auch in gefährlicher Art und Weise zu realer Politik von Rot-Grün geworden. Nur mühsam läßt sich der Grundsatzkonflikt zwischen dem Finanzminister und der Spitze der Deutschen Bundesbank und der Spitze der Europäischen Zentralbank verschleiern. Während für unsere Währungshüter Geldwertstabilität nach wie vor höchste Bedeutung hat, sieht man das am Kabinettsstisch wohl deutlich lockerer. Ich kann nur sagen: Keynes läßt grüßen. Auch er ist gefährlich leichtfertig mit der Inflation umgegangen. Für ihn

Vorstand der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt

Die Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich konstituiert. Ihr gehören 14 Abgeordnete im Alter bis zu 35 Jahren an. 50 Prozent der Mitglieder sind Frauen.

Zur Sprecherin wählten die Mitglieder die 33jährige Kölner Abgeordnete **Ursula Heinen**. Stellvertreter wurden der 34jährige CSU-Abgeordnete **Klaus Holetschek** und der 32jährige Abgeordnete **Axel E. Fischer** aus Baden-Württemberg.

Zur Arbeit der Jungen Gruppe in der 14. Legislaturperiode erklärte der neugewählte Vorstand: „Das Bundestagswahlergebnis macht deutlich, daß die Union eine Phase der weiteren Moder-

nisierung einleiten muß. Ein ‚Weiter so‘ darf es nicht geben. Die bereits eingeleiteten Modernisierungsschritte der Union müssen beschleunigt werden. Im Gegensatz zur der zeitigen ‚Machtbesoffenheit‘ der neuen Bundesregierung, die sich vor allem im Verbreiten von heißer Luft ausdrückt, wollen wir schnellstmöglich von der Diskussion zur konkreten Aktion und Handlung übergehen.

Die Junge Gruppe versteht sich als ein Kreativzentrum der Unionsfraktion. Wir werden den Kurs aktiv mitbestimmen und Themen benennen, die die Union wieder mehrheitsfähig machen.“

war sie Korrekturfaktor für die Löhne. Die Arbeitnehmer sollten kräftige nominale Lohnerhöhungen bekommen. Über die Inflation wurde die reale Kaufkraft dann wieder kaputtgemacht.

Die Bürger lassen sich nicht täuschen

Doch wir wissen heute, daß sich die Menschen nicht täuschen lassen, und daß sich auch die Wirtschaftskreisläufe durch falsche Theorien nicht positiv beeinflussen lassen. Wenn Inflation wieder zum realen Faktor in der deutschen Wirtschaftspolitik wird, dann muß jeder Unternehmer und jeder Gewerkschafter seine Vorstellungen von zukünftigen Preisen und Löhnen mit einem satten Inflationsaufschlag versehen. Löhne und Preise schaukeln sich dann wieder aneinander auf. Die Inflationsangst nährt die Inflation. In den 70er Jahren lag die Inflationsrate bei durchschnittlich über 5 Prozent,

in der Spitze sogar bei 7 Prozent. Schmidt hatte Inflation und die Arbeitslosigkeit gleichermaßen erreicht.

Der Streit zwischen Angebots- und Nachfrageorientierung in der Wirtschaftspolitik ist kein reiner Theorienstreit. Die keynesianische Wirtschaftstheorie hat nicht nur in der Praxis versagt. Sie ist auch eine unehrliche Theorie, weil sie darauf setzt, daß die Menschen die Gesetzmäßigkeiten, die der Wirtschaft zugrunde liegen, nicht erkennen. Eine Politik, Herr Bundeskanzler, die darauf setzt, die Menschen zu täuschen, darf keine neue Chance in Deutschland erhalten. Das Konzept durch die Stärkung der Massenkraft die Massenproduktion anzukurbeln, um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, wird zur Inflation führen. Das trifft den sogenannten kleinen Mann, der Monat für Monat mit dem auskommen muß, was er auf dem Gehaltszettel hat, und das Wenige, was ihm bleibt, aufs Sparbuch bringt. ■

Informationsfluß zwischen Kommission und Parlament muß verbessert werden

Für einen verbesserten Informationsfluß seitens der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament hat sich die Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments, Diemut Theato, ausgesprochen.

Der Haushaltskontrollausschuß hat am 29. Oktober der CDU-Europaabgeordneten die Zuständigkeit übertragen, auf Grundlage des Artikels 206 ein Arbeitspapier über den formalen Umgang mit Dokumenten zu erarbeiten. Ziel soll es sein, die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments in diesem Punkt zu verbessern.

Anläßlich einer Debatte im EP-Haushaltskontrollausschuß über die Entlastung des Haushalts 1996 erklärte die CDU-Politikerin, daß gerade die Schwierigkeiten im Fall der Entlastung 1996 deutlich zeige, wie wichtig es sei, den Mitgliedern des EP-Haushaltskontrollausschusses für ihre Arbeit eine frühzeitige und umfassende Zustellung der notwendigen Dokumente zu gewährleisten. Dies dürfe aber nicht von der Europäischen Kommission so verstanden werden, daß sie die Vorauswahl über die Dokumente trifft, die dem Europäischen Parlament zugeleitet werden.

Für eine korrekte Zusammenarbeit zwischen den Institutionen sei ein unbehinderter Zugang zu allen Dokumenten unverzichtbar. Diemut Theato dazu: „Der zu Prüfende darf nicht bestimmen, worüber geprüft wird.“

Diemut Theato weiter: Das Europäische Parlament und sein Haushaltskontrollausschuß benötigt die Zusammenarbeit mit dem Juristischen Dienst auch weiterhin. Die Zusammenarbeit Kommission/Parlament dürfe sich jedoch keinesfalls nur auf juristischer Ebene beschränken. „Unsere Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommissi-

on findet auf parlamentarischer Ebene statt. Unser Ansatz ist politischer Art. Damit wird auch die Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Arbeit und das Vertrauen uns gegenüber bei den Bürgern gestärkt.“

Jährlichkeit als Regel

Zur Entlastung des Haushalts 1996 selbst erinnerte die Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses daran, daß die Jährlichkeit als Regel geboten sei. Als Warnung an die Europäische Kommission sagte Diemut Theato jedoch, daß sich die Europäische Kommission nicht darauf verlassen solle, daß die Entlastung deshalb automatisch erteilt werde. Viele Beispiele aus der Vergangenheit (z. B. Milchquotenregelung) hätten das Gegenteil gezeigt.

Personalien

Der Bundesschatzmeister der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, der Kölner Unternehmer **Peter Jungen**, ist von der Generalversammlung der Europäischen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der EVP (EM-WV) zum Vizepräsidenten der EM-WV gewählt worden.

Der Europaabgeordnete **Werner Langen** wurde als Schatzmeister in das Präsidium der EMWV gewählt.

Weitere deutsche Mitglieder des Führungsgremiums der EMWV sind der Europaabgeordnete **Karl von Wogau** in seiner Funktion als Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der EVP und der Vorsitzende der deutschen Sektion der EMWV, **Martin Egon Ecker**.

Die hessische Wohnungspolitik braucht neue Impulse

Die hessische Wohnungspolitik ist mit ihrem Latein am Ende. Was der hessische Wohnungsbauminister Klemm dieser Tage zur Wohnungspolitik verlautbart hat, ist eine Mischung aus Verteilungspopulismus und dem Eingeständnis, seine Zusagen zur sozialen Wohnungsbauförderung nicht eingehalten zu haben.

Zu Beginn der Legislaturperiode hatte die rot-grüne Landesregierung versprochen, den Bau von 30.000 neuen Sozialwohnungen von 1995 bis 1999 zu fördern. In der Koalitionsvereinbarung war dies die einzige zahlenmäßig nachprüfbar Aussage. Bereits im vergangenen Jahr stand fest, daß diese Vorgabe nicht eingehalten werden konnte. Von den vorgesehenen 8.000 Wohnungen im Jahr 1998 sind bisher nur 2.900 gefördert worden.

Mit der geplanten Einrichtung des „Sondervermögens Wohnungsbau und Zukunftsinvestitionen“ außerhalb des Landeshaushaltes soll die hessische Wohnungsbauförderung nun verstetigt werden. Tatsächlich werden die Rückflüsse von Mitteln des sozialen Wohnungsbaus, die aus der Bindung herausfallen, nun aber zukünftig nicht nur für den Wohnungsbau, sondern auch für die Wirtschaftsförderung eingesetzt. Dadurch verzichtet die hessi-

sche Landesregierung auf den Bundesanteil in Höhe von 1,9 Milliarden DM, der in den kommenden Jahren dem Land Hessen zustünde. Ein anderer Weg zur weiteren Sicherstellung von ausreichenden Mitteln für die Wirtschaftsförderung ist dem Wirtschaftsminister Klemm wohl nicht eingefallen. Es steht eben nicht gut um die Finanzen des Landes Hessen.

Von Hannelore Rönsch, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbestandes hat Herr Klemm dagegen bei der CDU/CSU kopiert. Allerdings sollte dort, wo Mieter am Erwerb ihrer Mietwohnungen Interesse haben, eine Privatisierung unterstützt werden. Dies ist zukünftig aus Gründen der verstärkten privaten Alterssicherung geboten. Beim Verkauf bundeseigener Immobilien empfiehlt sich eher eine sorgfältige Abwägung der Vor- und Nachteile als der blanke Populismus des hessischen Wohnungsbauministers.

Fazit: Die Zeit für einen Wechsel in der hessischen Wohnungspolitik ist reif.

Zahl der Spätaussiedler weiter rückläufig

Die Zahl der Spätaussiedler ist nach Angaben des Bundesinnenministeriums weiter rückläufig. So wurden im Oktober 1998 9.584 Spätaussiedler registriert. Im gleichen Monat des Vorjahres waren es 10.089 und im Oktober 1996 über 15.000 Personen. Bis Ende Oktober 1998 kamen 30.232 Spätaussiedler weniger als im Vergleichszeitraum 1997. Hauptherkunftsländer sind vor allem die Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

„Wir geh'n neu ran“

CDU-Wahlkampfauftakt mit Fanfaren, Show und Koch-Rezepten

„Wir geh'n neu ran!“ – Unter diesem Motto stand der Wahlkampfauftakt der hessischen CDU im Vorfeld der Landtagswahl am 7. Februar. Als erste politische Kraft in Hessen gaben die Christdemokraten den Startschuß – und mehr als 2.000 Mitglieder und Freunde der hessischen CDU kamen trotz feucht-kühlem November-Wetter auf den Schloßplatz in Wiesbaden zwischen Landtag und Rathaus.

Zu Fanfaren-Klängen trat Ministerpräsidenten-Kandidat Roland Koch mit seiner Frau durch das Hauptportal des Hessischen Landtages auf den Schloßplatz, bahnte sich zur Musik „The spirit of sport“ und „The final countdown“ den Weg zur Bühne, um seine politischen „Koch-Rezepte“ zu vermitteln.

Mit Blick auf den 7. Februar beschränkte Koch sich dabei keineswegs nur auf die Landespolitik. Integration komme nicht „durch die Übergabe des deutschen Passes im Kreißaal“, prangerte er die geplante doppelte Staatsangehörigkeit an: „Wer meint, mit der doppelten Staatsangehörigkeit löse er die Probleme, belügt die Deutschen und die Ausländer.“ Zuwanderung, so Koch, müsse Grenzen kennen, das „fragwürdige Verschleudern des deutschen Passes“ werde auf den entschiedenen Widerstand der CDU stoßen, hob Koch unter dem Beifall der 2.000 Besucher hervor. Koch warf der neuen Bundesregierung vor, sie treibe mit der geplanten Abgabepflicht für die 620-Mark-Jobs Millionen Menschen in die Schwarzarbeit. Der Kurs von Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine und seiner Frau gefährde die Preisstabilität und damit die Konten der Sparer.

Wenige Wochen nach der bitteren CDU-Niederlage bei der Bundestagswahl komme der Hessen-Wahl herausragende Bedeutung zu. Deutschland sei derzeit politisch so einfarbig wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik, sagte Koch unter Hinweis auf SPD-Politiker in nahezu allen Spitzenämtern und SPD-geführten Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat. Hessen sei der Hoffnungsträger von Millionen Menschen für einen Wendepunkt. Wie Wahlen gewonnen werden könnten, habe sich in den 20 größten Städten Hessens gezeigt, wo die CDU in 15 dieser Städte das Stadtoberhaupt stelle.

Bis zu dem Ziel, die Landtagswahl zu gewinnen und den Regierungswechsel in Hessen durchzusetzen, liege freilich noch ein schweres Stück Arbeit vor ihm und der hessischen CDU. „Dazu benötige ich die Hilfe der gesamten Partei, ihre erprobte Geschlossenheit, Klarheit und Entschlossenheit“, bat Koch. Die hessische Landtagswahl müsse den Wendepunkt markieren, den Beginn des Wiederaufstiegs bürgerlicher Politik in Deutschland.

Landespolitisch richtete Koch den Blick vor allem auf den Ausfall von mehr als 100.000 Wochenstunden an den hessischen Schulen. Seine Unterrichtsgarantie, die Zusage des Staates, den in der Studententafel vorgesehenen Unterricht auch wirklich zu erteilen, setzt Koch der aktuellen Misere entgegen. Es dürfe nicht sein, daß ein hessischer Abiturient am Ende seiner Schulzeit 1.000 Schulstunden weniger erteilt bekommen habe als ein Bayer oder Sachse: „Wir werden alles tun, damit die Schüler den Unterricht erhalten, der ihnen zusteht.“

Jürgen Rüttgers: Schily bestätigt die Ausländerpolitik der Union

Zu den Äußerungen von Bundesinnenminister Schily zur Ausländer- und Zuwanderungspolitik erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers:

Bundesinnenminister Schily hat sich jetzt für eine strenge Zuzugsbegrenzung ausgesprochen. Er bestätigt damit die Richtigkeit der Ausländerpolitik der Union. Daß eine vernünftige Ausländerpolitik nur in der Balance zwischen Integration und strenger Zuzugsbegrenzung gelingen kann, war und ist für uns selbstverständlich. Wir beglückwünschen Herrn Schily zu seiner Kehrtwende. Späte Einsicht ist besser als konsequenter Irrtum.

Es bleibt allerdings Skepsis, ob der

Bundesinnenminister seine neuerdings realistische Sicht der Dinge in seiner eigenen Partei und vor allem auch in der Regierungskoalition mit den Grünen konsequent durchhalten wird. Oder bleibt es hier wieder nur bei einer Überschrift? Der Koalitionsvertrag weist jedenfalls in eine andere Richtung: Zuwanderungshemmnisse werden – wie etwa beim Familiennachzug – leichtfertig abgebaut. Mit einer Altfallregelung soll die illegale Zuwanderung der Vergangenheit prämiert werden; der Mißbrauch des Asylrechts soll durch die Gewährung eines Daueraufenthaltsrechts belohnt werden. Die Spannung zwischen Schilys neuen Erkenntnissen und den Irrtümern der Koalitionsvereinbarung ist unverkennbar.

Neben der Schulpolitik soll die Verbrechensbekämpfung ein Hauptthema des hessischen Landtagswahlkampfes sein. Als Ministerpräsident werde er in Hessen den „härtesten Strafvollzug“ Deutschlands durchsetzen. In der Wirtschafts- und Verkehrspolitik werde sie sich für den Bau von Autobahnen nach Osten und den Ausbau des Frankfurter Flughafens einsetzen. Ungewöhnlich war, daß Koch „Opfer der hessischen Landespolitik“ mit auf die Bühne gebracht hatte. So Kinder, bei denen rund 30 Prozent des Schulunterrichts ausfallen, oder eine Frau, die von dem bekannt-berühmten jugendlichen Straftäter aus Darmstadt drangsaliert worden ist. Fast zwei Stunden lang wurden die Zuhörer zu Beginn der Veranstaltung zuvor durch ein buntes Showprogramm aus Musik, Zauberei und Polit-Talk bei Laune gehalten. CDU-Pressesprecher Dirk Metz

führte durch das bunte Programm, interviewte den bislang einzigen von der CDU in Hessen gestellten Ministerpräsidenten, Walter Wallmann, und den früheren Bundesinnenminister Manfred Kanther. Aber auch ein Neumitglied, ein Polizist und eine Elternvertreterin standen auf der Bühne Rede und Antwort.

Gleichzeitig konnten sich die Besucher an zahlreichen Ständen mit Essen und Trinken versorgen, vor allem aber mit Informationen zur Landtagswahl und zu den Untergliederungen der CDU.

Etwas Besonderes hatte sich die Frauen-Union einfallen lassen. An deren Stand konnten die Besucher gegen eine kleine Spende den Inhalt einer mit Erbsen gefüllten Flasche schätzen – der Erlös kommt den Hurrikan-Opfern in Mittelamerika zugute. ■

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf ihrer Sitzung am 9. November die Verteilung der Aufgabenbereiche für die Stellvertretenden Vorsitzenden gebilligt.

Danach sind zuständig:

**Stellvertretender Vorsitzender
Volker Rühle**

für Außen, Verteidigung, Europäische Einigung, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Menschenrechte

**Stellvertretender Vorsitzender
Jürgen Rüttgers**

für Recht, Petitionen, Innen, Sport, Kunst, Kultur, Neue Medien, Vertriebene und Flüchtlinge, Kommunalpolitik

**Stellvertretende Vorsitzende
Hannelore Rönsch**

für Raumordnung, Bauwesen, Städtebau und Verkehr, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Fremdenverkehr und Tourismus

**Stellvertretender Vorsitzender
Horst Seehofer**

für Europa, Umwelt, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**Stellvertretender Vorsitzender
Friedrich Merz**

für Finanzen, Haushalt, Wirtschaft und Technologie,

**Stellvertretender Vorsitzender
Hermann Kues**

für Arbeit, Soziales, Arbeitnehmer, Gesundheit, Bildung und Forschung

**Stellvertretender Vorsitzender
Michael Luther**

für Aufbau Ost.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 13. November die Vorsitzenden für die Arbeitsgruppen – gleichzeitig Sprecher – gewählt:

Auswärtiges: **Karl Lamers**

Innen: **Erwin Marschewski**

Recht: **Norbert Geis (CSU)**

Finanz: **Gerda Hasselfeldt (CSU)**

Haushalt: **Dietrich Austermann**

Wirtschaft und Technologie:

Gunnar Uldall

Ernährung, Landwirtschaft und

Forsten: **Heinrich-Wilhelm Ronsöhr**

Arbeit und Sozialordnung:

Birgit Schnieber-Jastram

Verteidigung: **Paul Breuer**

Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Maria Eichhorn (CSU)

Gesundheit: **Wolfgang Lohmann**

Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Dirk Fischer

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Klaus Lippold

Angelegenheiten Neue Länder:

Michael Luther

Bildung und Forschung:

Gerhard Friedrich (CSU)

Wirtschaftliche Zusammenarbeit u.

Entwicklung: **Klaus-Jürgen Hedrich**

Tourismus: **Klaus Brähmig**

Angelegenheiten der Europäischen

Union: **Peter Hintze**

Kultur und Medien: **Norbert Lammert**

Sprecher Sport: **Klaus Riegert**

Sprecher Bau- und Wohnungswesen:

Dietmar Kansy

Sprecher Menschenrechte und
humanitäre Hilfe: **Hermann Gröhe**

Als Ausschuß-Vorsitzende wurden nominiert:

Recht: **Rupert Scholz**

Haushalt: **Adolf Roth**

Wirtschaft und Technologie:

Matthias Wissmann

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Peter Harry Carstensen

Wi. Zusammenarbeit und Entwicklung:

Rudolf Kraus (CSU)

Tourismus: **Ernst Hinsken (CSU)**

Angelegenheiten der Europäischen

Union: **Friedbert Pflüger**

Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Eduard Oswald (CSU)

Angelegenheiten Neue Länder:

Paul Krüger

Als stellvertretende Aus- schuß-Vorsitzende wurden nominiert:

Wahlprüfung, Immunität und Geschäft-
sordnung: **Wolfgang von Stetten**

Auswärtiges: **Michaela Geiger (CSU)**

Innen: **Hartmut Büttner**

Sport: **Klaus Rose (CSU)**

Verteidigung: **Thomas Kossendey**

Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Anke Eyrer

Gesundheit: **Wolfgang Zöller (CSU)**

Kultur und Medien: **Margarete Späte**

Menschenrechte und humanitäre Hilfe:

Christian Schwarz-Schilling

Mitglieder des Ältestenrates:

Brigitte Baumeister

Wolfgang Bötsch

Jochen Borchert
Manfred Grund
Joachim Hörster
Dietmar Kansy
Peter Ramsauer
Hans-Peter Repnik
Michael Stübgen

Schüler-Union wählte neuen Bundesvorstand

Auf der Bundesschülertagung der
Schüler-Union (SU) Deutschlands
wurde **Philipp Mißfelder (19)** aus
Bochum zum ersten neuen Bun-
desvorsitzen-
den gewählt.
Mißfelder ist
**Landesvorsit-
zender der**
**nordrhein-west-
fälischen Schüler-Union seit 1997.**



Der Bochumer Schüler wird unter-
stützt von **Jan-Felix Becker** aus Göt-
tingen und **Matthias Rübsamen** aus
Nürnberg, die beide zu seinen Stell-
vertretern gewählt wurden.

Als Beisitzer gehören **Marc Blue** aus
Schleswig-Holstein und **Riad Kaihredin**
aus Dresden dem SU-Bundesvorstand
an. Mißfelder erklärte zu Beginn seiner
Amtszeit, daß die SU die Auseinander-
setzung mit Rot-Grün sucht. „Anspruch
und Realität liegen bei dieser Koalition
unheimlich weit auseinander. Die junge
Generation in Deutschland hat diese
Regierung nicht verdient,“ so der neue
SU-Bundes-Chef.

Die SU ist mit 15.000 Mitgliedern die
größte Schülerorganisation in
Deutschland. Sie wurde 1972 von
dem früheren Bundesverkehrsmini-
ster, **Matthias Wissmann**, gegründet.

Soziale Gerechtigkeit heißt Beteiligungsgerechtigkeit

Zu der Initiative einer Autorengruppe um den Vorsitzenden der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Josef Homeyer, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble:

Sozial ist, was Beschäftigung schafft. So hat die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft ein Grundanliegen sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft auf den Punkt gebracht.

Sozial ist, was Teilhabe ermöglicht. So formuliert denselben Zusammenhang ein Papier, das eine Autorengruppe um den Vorsitzenden der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Josef Homeyer, der Öffentlichkeit vorgestellt hat.

Was müssen wir tun, wie schaffen wir eine Gesellschaft, an der jeder teilhat, aus der niemand herausfällt? Eine Gesellschaft, die die Fähigkeiten eines jeden einzelnen braucht, fördert, aktiviert? Eine Gesellschaft, in der jeder die Chance hat, seinen besonderen Beitrag zu leisten, und in der keiner sich selbst überlassen bleibt?

Jedermann muß eine Chance haben, sich nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten am Arbeitsprozeß, am gesellschaftlichen Zusammenleben zu beteiligen, sich einzubringen. Auch die Arbeitslosen, die Kranken und Behinderten, die sozial Schwachen und Bedürftigen. Es darf niemand ausgegrenzt, diskriminiert werden, niemand darf „außen vor“ bleiben. Soziale Gerechtigkeit, so Bischof Homeyer, muß

für uns vor allem heißen: Beteiligungsgerechtigkeit.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag begrüßt das Papier von Bischof Homeyer und die „Neun Gebote für Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die darin aufgestellt werden. Die Absichten, die Bischof Homeyer und seine Mitautoren verfolgen, sind auch die unseren. Im Gefolge des Gemeinsamen Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland der beiden großen Kirchen von 1997 formuliert das Papier von Bischof Homeyer Denkanstöße, denen breite Beachtung zu wünschen ist. Unser Ziel: Arbeit für alle.

Vorrang hat der Zugang zu Beschäftigung. Wir haben nicht genug getan, wenn wir – wie die Autoren zu Recht bemerken – Menschen, ohne ihnen eine Beschäftigungschance zu eröffnen, lediglich finanziell absichern. Arbeit ist mehr als Einkommen. Arbeit ist Gelegenheit zur Selbstverwirklichung, zur Selbstbestätigung. Arbeit bedeutet Sozialkontakte und geregelteres Leben – selbst wenn es sich nur um einfache Tätigkeiten handelt. Deshalb bleibt „Arbeit für alle“ unser Ziel. Und wenn nicht für jeden ein Vollzeit Arbeitsplatz zur Verfügung steht, dann wenigstens Teilzeitarbeit, Einfacharbeit, Gemeinschaftsarbeit.

Wir müssen über Solidarität in unserer Gesellschaft neu nachdenken. Der erste Schritt muß sein, daß wir die Eigenverantwortung des einzelnen stärken, denn wer nicht imstande ist, Verantwortung für sich selbst wahrzunehmen, der wird schlecht Verantwortung für andere übernehmen können.

Argumente

Opposition im 14. Deutschen Bundestag

Wir – CDU und CSU – bleiben die große integrierende Volkspartei der politischen Mitte. Wir werden gegenüber der neuen Regierung nicht Konfrontation um der Konfrontation willen suchen. Wenn die Regierung Vorschläge macht, die wir für richtig halten, werden wir sie nicht ablehnen und bekämpfen, bloß weil sie von der Regierung kommen.

Mit diesen Worten hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschrieben, wie CDU und CSU ihre Oppositionsrolle in der 14. Wahlperiode verstehen, und damit bereits zu einem frühen Zeitpunkt signalisiert: Es wird mit uns keine bedingungslose Gegnerschaft geben.

Gleichzeitig eröffnet Wolfgang Schäuble der Union für ihre neue Rolle auf Bundesebene ein weites Feld vieler Möglichkeiten, die unterhalb dessen liegen, was er kategorisch ausschließt.

Mitregierung oder kritische Profilierung?

In einem Beitrag zur Oppositionsstrategie der Union in der 8. Wahlperiode hat der Leiter des Bereichs Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Hans-Joachim Veen, die Vor- und Nachteile solcher Möglichkeiten erörtert und im Zusammenhang mit tatsächlichem Oppositionsverhalten der Union gewichtet.

„Mitregierung oder kritische Profilierung?“ fragte Prof. Veen in seinem Aufsatz in der „Politischen Meinung“ und bedauerte schon im ersten Satz, daß

„angesichts der Fixierung auf materiell-politische Fragen institutionspolitische Überlegungen bei der Planung der Oppositionsstrategie zumeist stark vernachlässigt“ werden – mit der Folge, daß eine „allzu hastige, aktivitätsbeflissene Konzentration der Opposition auf die konkreten Details der Gesetzgebungsarbeit“ allzu viele Kräfte absorbiert, entpolitisiert und „an die politische Substanz der parlamentarischen Opposition geht“.

Erhebliche Nachteile erwachsen aber auch daraus, daß eine derart fleißige Opposition „unter das Joch parlamentarischer Mitregierung“ gerät, „sich damit in eine glanzlose gouvernementale Mitverantwortung ziehen“ läßt, „die sie programmatisch korrumpieren könnte, ihr späterhin die Hände bindet und damit ihre Glaubwürdigkeit als bessere Alternative aufs Spiel setzt“.

Veen: „Den Nutzen einer solchen von Regierungsseite gern taktisch beschworenen Konstruktivität der Opposition trüge nur die Regierung selbst davon.“ Sie kann dann nämlich „oppositionelle Kritik zu einem späteren Zeitpunkt mit Vorliebe immer wieder dadurch öffentlich diskreditieren, daß sie hervorhebt, die Opposition sei damals ja beteiligt gewesen und ihre jetzigen Vorwürfe jetzt seien nichts als widersprüchliche Propagandamanöver“.

Eine kooperierende Opposition geriete also nicht nur politisch in den Schatten der Regierung; sie würde sich zwei existentiellen Bedrohungen aussetzen:

- „der Öffentlichkeit ihr politisch-programmatisches Profil und ihren im Wahl-

kampf gewonnenen zukunftsweisenden moralischen Impetus in kleiner Münze zu verspielen – noch bevor er programmatisch entfaltet werden konnte“ und:

● „von ihrer Fähigkeit einzubüßen, das Regierungshandeln in seinen Zielen und Fehlern öffentlich glaubhaft zu kritisieren“. Denn: „Die Bürger werden sie immer weniger als Alternative zur Regierung identifizieren können und ihr die Kritik nicht mehr abnehmen.“

Das politische Leben insgesamt würde verarmen: „Es verlöre von seiner Fähigkeit, geistig-politische Alternativen auszubilden und sich durch kritische Impulse zu erneuern.“

Die Folgerungen, die Hans-Joachim Veen aus diesem Befund für eine offensive Oppositionsstrategie zog:

- „das ebenso entbehrungsreiche wie unentbehrliche Amt der Opposition“ annehmen;
- sich nicht in Kooperationsstrategie verschleißen, z. B. wertvolle Kapazitäten in aufreibende Gesetzgebungsarbeit stecken, sondern
- „Kräfte für eine positive Entfaltung der CDU/CSU-Opposition freisetzen“ – mit dem Ziel, vor der nächsten Wahl „als bessere Alternative präsent zu sein“.

Im einzelnen:

- „realistische Alternativen“ finden, die „keine totalen Gegensätzlichkeiten“ zu sein brauchen, sondern in „gradueller Verschiedenheiten“ bestehen können und „sektorale Kongruenzen“ nicht ausschließen müssen;
- zu „alternativer Profilierung“ auch durch „systematische Personalisierung“ beitra-

gen. Veen: „Alle Wahlenanalysen bestätigen den hohen Rang des Persönlichkeitsfaktors und der Mobilisierung von persönlichem Vertrauen bei der Entscheidung für die eine oder andere Partei.“

- die öffentliche Selbstdarstellung auf „wenige konzeptionelle Schwerpunkte beschränken“;
- „die Ausschubarbeit nicht zuletzt zur Informationsgewinnung aus erster Hand für die Oppositionsabgeordneten“ nutzen;
- „alternative Profilierungsstrategie“ durchhalten: sich weder in sog. konstruktive Zuarbeit einbinden noch in die Neinsager-Ecke abdrängen lassen.

Wichtig dabei:

- „Überscharfe, verletzende Töne sollten anderen überlassen werden. Denn auch im Parlamentsplenum sind die Hauptadressaten oppositioneller Selbstdarstellung nicht die Regierung und die sie tragenden Fraktionen, sondern die institutionellen Vermittler von Öffentlichkeit und die Öffentlichkeit schlechthin.“

Die konkreten Sorgen der Bürger aufspüren

- Freiwerdende Arbeitskapazitäten der Fraktion auf die wichtigen Vermittlungsaufgaben konzentrieren, „die traditionell unterbewertet“ werden: durch den Austausch von Meinungen zwischen der Bevölkerung im Wahlkreis und den Abgeordneten „Informationsdefizite kompensieren“, die konkreten Sorgen und Nöte der Bürger vor Ort besser aufspüren und dadurch „das Image unbürokratischer Modernität und bürgernaher Lebendigkeit der CDU/CSU-Fraktion stärken“.

Bundestagswahl am 27. September

So wählten die Frauen

Bei der Bundestagswahl am 27. September 1998 verliert die Union bei Frauen stärker als bei Männern (-7,2 gegenüber -5,7 Punkte) und erreicht jetzt bei beiden Geschlechtern fast das gleiche Ergebnis (35,0 % bzw. 34,9 %).

In den Altersgruppen entfallen die höchsten Unionsverluste auf die mittleren Jahrgänge (35 bis 44 Jahre: -7,0 Punkte; 45 bis 59 Jahre: -10,1 Punkte), wobei sie auch hier bei Frauen stärker als bei Männern verliert. Bei den unter 35jährigen und bei den über 60jährigen verliert sie dagegen unterdurchschnittlich.

Frauen in der gleichen soziostrukturellen Situation wie Männer entwickeln ein ähnliches Wahlverhalten wie Männer. Es hat sich auch gezeigt, daß es den Parteien gut bekommt, Frauen in den Vordergrund zu stellen und alle Anstrengungen zu unternehmen, verfestigte Strukturen aufzubrechen. Auffällig sind die Defizite der Union bei höher gebildeten Frauen.

Negativ für die Union wirkte sich der Vertrauensverlust in zentralen Politikfeldern wie

- Zukunftskompetenz und
- Lösungskompetenz für die Arbeitslosigkeit

aus, wobei Arbeitslosigkeit zunehmend als soziale Aufgabe wahrgenommen wird. Hinzu kam, daß die Union in den vorrangigen politischen Problemfeldern (Ar-

beitsmarktpolitik, Rentenpolitik, Steuerpolitik und soziale Gerechtigkeit) als weniger kompetent eingeschätzt wurde als die SPD.

Hingegen gewinnt die SPD bei den Frauen etwas stärker als bei den Männern (+5,3 % bzw. +4,6 Punkte). In den einzelnen Altersgruppen legt sie am stärksten in den Jahrgängen zu, in denen die CDU/CSU am meisten verliert, nämlich bei den 35- bis 59jährigen. Hier sind die Gewinne bei Frauen höher als bei Männern. Die SPD profitierte auch von dem ausgeprägten Wechselbedürfnis und der Unzufriedenheit mit der Regierung.

Auch die verlorengegangenen 109 Direktwahlkreise gewann die SPD offenbar durch eine gezielte geschlechtsspezifische Strategie:

In 51 Wahlkreisen (46,8 Prozent) wurde eine SPD-Frau gegen einen oft auch renommierten CDU-Wahlkreisinhaber aufgestellt und eroberte ihn für die SPD. Der oft behauptete bei Wahlen wirksame Glaubwürdigkeitsvorsprung von Frauen zeigt sich daran, daß in 40 Wahlkreisen (36,7 Prozent) der Erststimmenanteil für die SPD-Frau über dem Zweitstimmenanteil für die Partei gelegen hat. Wenn der Erststimmenanteil deutlich über dem Ergebnis für die Zweitstimme liegt, spricht die erkennbare Differenz für die aufgestellte Person.

Unsere
Elektronischen
Adressen:

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c= de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Es weihnachtet sehr!

Das Wahljahr neigt sich dem Ende zu. Die Tage werden kürzer, und langsam wächst die Vorfreude auf das Weihnachtsfest. Gerade in dieser Zeit gibt es alle Jahre wieder

sinnvolle Aktionen für Ihren CDU-Verband:

Glühweinverkauf:

Verkaufen Sie den Glühwein z.B. zum Preis von 5,- DM incl. Tasse. Die Tasse kann nach dem Genuß des Glühweins behalten werden. An ihrem Stand fällt dadurch kein Müll an.

Einpack-Service für Weihnachtsgeschenke

Hierzu eignen sich das neue Geschenkpapier und das neue Geschenkband sowie die ovalen Glanzaufkleber

Weitere Ideen:

- Aufbewahrungsdepot für Weihnachtseinkäufe
- Adventssingen
- Weihnachtsfeiern mit Kaffee und CDU-Gepäck
- Bastel-Nachmittage für Weihnachtsschmuck
- Christstollen und CDU-Plätzchenessen in der Fußgängerzone



● Glühwein-Tasse

„Jammert mir nichts vor . . .

Bestell-Nr.: 9514

Verpackungseinheit: 6 Tassen,

Preis je 6 Tassen: 25,80 DM

● CDU-Schal

Bestell-Nr.: 9362

Verpackungseinheit: 1 Schal

Preis je Expl.: 9,45 DM

● Geschenkpapierrolle (blau oder rot)

Format: 10m x 75cm

Bestell-Nr. rot: 0303

Bestell-Nr. blau: 0302

Verpackungseinheit: 1 Rolle

Preis je Rolle: 14,90 DM

● Siegelmarke

Bestell-Nr.: 0307

Verpackungseinheit:

1 Rolle à 100 Aufkleber

Preis je Rolle: 7,50 DM

● Schleifenband

Bestell-Nr.: 0306

Verpackungseinheit:

1 Rolle à 25m

Preis je Rolle: 11,90 DM

● Flaschentasche (blau oder rot)

Bestell-Nr. rot: 0305

Bestell-Nr. blau: 0304

Verpackungseinheit:

1 Set à 25 Expl.

Preis je Set: 27,50 DM

● Weihnachts-CD

Bestell-Nr.: 9300

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 7,00 DM

● Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nr.: 2867

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 24,75 DM



Advents- und Weihnachtslieder



CDU



Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 14 65
59306 Ennigerloh
Fax (0 25 24) 91 13 10
E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de



(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.



● **Ausstechformen-Set**
Bestell-Nr.: 9109
Verpackungseinheit: 10 Sets
Preis je 10 Sets: 17,00 DM

UiD

38/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den In-**
halt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon
(02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113
Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Pro-
ffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM.
Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:**  Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.